

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1952**

248 (23.10.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Rechenungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.60 DM, auswärts 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgan

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./53. Jahrgang

Donnerstag, den 23. Oktober 1962

Nr. 248

Freitag für Neutralität des DGB

Kein Einheitschema der Mitbestimmung — Demonstration für die Kriegsgefangenen

Düsseldorf (UP). Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter Freitag, bekannte sich in einem Interview mit United Press zur weltanschaulichen und parteipolitischen Neutralität des DGB, zur Weiterführung der Mitbestimmungsregelung und zum demokratischen Staat.

Freitag erklärte: „Zusammen mit Hans Boeckler bin ich immer einer der energischsten Befürworter der Einheitsgewerkschaften gewesen und ich weiß infolgedessen sehr wohl, welche Voraussetzungen diese gewerkschaftliche Einheit erfordert. So ist es für mich selbstverständlich, daß ich die weltanschauliche und parteipolitische Neutralität des DGB als obersten Grundsatz achten und mich stets dafür einsetzen werde, daß dieser Grundsatz respektiert wird.“

Zur Frage der Verwirklichung der Mitbestimmung sagte er, er sei sich bewußt, daß die gesamte Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene nicht nach einem Einheitschema geregelt werden könne. Für Mittel- und Kleinbetriebe mit geringeren Belegschaften müsse eine andere Regelung gefunden werden, als für die Großbetriebe. Die Regelung der Mitbestimmung auf der betrieblichen und überbetrieblichen Ebene werde aber auch unter seinem Vorsitz eines der Hauptanliegen der gewerkschaftlichen Arbeit bleiben.

Freitag trat in seinen Ausführungen mit Nachdruck der Auffassung gewisser Kreise entgegen, daß die Gewerkschaften eine Gefahr für die Demokratie bedeckten. „Diese Meinung ist töricht, die treuesten Verfechter des demokratischen Gedankengutes werden immer die Deutschen Gewerkschaften sein“, betonte er, und versicherte in diesem Zusammenhang, daß sich die Gewerkschaften auch in Zukunft gegen jeden Versuch, sie innerlich auszuhebeln, um sie zerschlagen zu können, zur Wehr setzen werden. Dabei sei es völlig gleichgültig, von welcher Seite ein derartiger Versuch unternommen werde.

Der Bundesvorstand des DGB hat in einer offiziellen Erklärung die Gewerkschaftsmitglieder und darüber hinaus die gesamte Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik aufgefordert, sich an der geplanten Arbeitswoche am 25. Oktober im Rahmen der Kriegsgefangenenwoche zu beteiligen. Die neuen deutschen Gewerkschaften hätten, so heißt es in der Erklärung, seit ihrem Bestehen unabhängig die Freilassung der Kriegsgefangenen gefordert und würden dies auch bis zur Rückkehr des letzten tun.

Vorbereitung des Gnadenausschusses

Noch 994 Deutsche in Haft

Bonn (UP). Die deutschen Mitglieder der geplanten deutsch-alliierten „Gnaden-Kommission“ zur Überprüfung der Kriegsverbrechen nach der Ratifizierung der Westverträge werden von der Bundesregierung bereits ausgewählt, teilte Staatssekretär Hallstein im Bundestag mit. Unabhängig davon sei die Regierung selbstverständlich bemüht, eine befriedigende Regelung der ganzen Frage vor der Verabschiedung der Verträge zu erreichen. Durch Bemühungen der Bundesregierung und durch Gnadenersätze der Alliierten seien seit dem 1. April 1960 insgesamt 2655 Verurteilte entlassen worden. Am 18. Oktober befanden sich nach Hallsteins Angaben noch 994 Deutsche im Gewahrsam der Westalliierten.

Osterreichs Regierung trat zurück

Keine Einigung über das Budget

Wien (UP). Die österreichische Regierung ist am Mittwoch abend zurückgetreten, nachdem es nicht gelungen war, die zwischen den Koalitionspartnern aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten über das neue Budget beizulegen.

Nach der österreichischen Verfassung mußte das neue Budget zehn Wochen vor Jahresende — spätestens also bis Mittwoch Mitternacht — dem Parlament vorgelegt werden. Trotz der sofortigen Rückkehr des Bundeskanzlers Figl von seinem Staatsbesuch in Holland und des Vizekanzlers Schürf vom Sozialistenkongreß in Mailand konnten die Meinungsverschiedenheiten zwischen Volkspartei und Sozialisten nicht überbrückt werden. Die Meinungsverschiedenheiten entstanden, weil die Sozialisten bessere soziale Leistungen verlangten und das dazu nötige Geld durch höhere Steuern aufbringen wollten. Die Volkspartei lehnte eine Steuererhöhung und damit auch eine Vergrößerung der sozialen Aufwendungen ab.

Vatikan gegen Fremdenlegion

Vatikanstadt (UP). Die vatikanische Wochenzeitschrift „Osservatore della Domenica“ stellte fest, daß es nach Auffassung der Römisch-Katholischen Kirche unstatthaft sei, in die französische Fremdenlegion einzutreten, um „ein Stück Brot mit dem Leben zu bezahlen“. Wörtlich schreibt das Blatt: „Unter den Fahnen des eigenen Landes zu dienen und für sein eigenes Land zu kämpfen, ist eine Pflicht, der sich niemand entziehen kann, ohne Schande auf sich zu laden. Freiwillig aber für ein fremdes Land zu kämpfen und eventuell sogar dafür zu sterben, ist auch unstatthaft, wenn dabei für eine gute Sache gefochten wird.“

Die Verträge bleiben unverändert

Pinay will Zeit gewinnen — Schuman entwirft „erklärende Berichte“

Paris (UP). Die französische Regierung ließ nach einer Kabinettsitzung durch Informationsminister Marcelin mitteilen, daß sie die deutsch-alliierten Verträge in unveränderter Form der Nationalversammlung vorlegen werde, sobald das Außenministerium seine „erklärenden Berichte“ fertiggestellt habe.

Die mit Bedacht in vage Formulierungen gefaßte Erklärung des Ministers ließ darauf schließen, daß die von Ministerpräsident Pinay geführte Koalition sich trotz gegenteiliger Andeutungen in jüngster Vergangenheit weiterhin hinter die Politik Schumans stellen wird. Nach Ansicht ununterrichteter Kreise ist die Regierung jedoch vorerst darauf aus, einige Zeit verstreichen zu lassen, damit sich die Opposition auf dem radikalsozialistischen Kongreß und die durch die kürzlichen Erklärungen Pinays entstandene Aufregung legen kann. Außerdem will man offenkundig die bevorstehende Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten abwarten.

Auch wenn die Vertragswerke der Nationalversammlung vorgelegt worden sind, dürfte es noch Wochen, wenn nicht sogar Monate dauern, bis der Außenpolitische Ausschuß und der Ausschuß für die Nationale Verteidigung ihre Beratungen abgeschlossen haben. Es wird also Anfang nächsten Jahres werden, bis die Debatte vor der Nationalversammlung beginnen kann.

In Beantwortung von Fragen der Presse, ob die Regierung beabsichtige, irgendwelche Revisionen am Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu fordern, sagte Marcelin, „die Verträge werden in ihrer gegenwärtigen Form vorgelegt“. Er stritt ab, daß es zu hitzigen Debatten über die Haltung der Regierung zu Deutschland in der Kabinettsitzung gekommen sei. Kein Minister habe die Frage erhoben, welche Einstellung Pinay zu der Kritik habe, die der Vorsitzende der Nationalversammlung, Herriot, und das andere Vorstandsmitglied der Radikalsozialistischen Partei, Deladier, am Verteidigungspakt

geäußert hatten. Die Sitzung habe sich hauptsächlich mit den „begleitenden Erklärungen“ befaßt, die den Zweck haben sollen, die Abgeordneten von der Richtigkeit der Politik Schumans zu überzeugen.

Weitere Garantien?

Nach der Kabinettsitzung nahmen Ministerpräsident Pinay und Außenminister Schuman in einer geschlossenen Sitzung der Außenpolitischen Kommission der Nationalversammlung teil. Aus gutunterrichteten Kreisen verlautet, Schuman und Pinay hätten vor der Kommission erklärt, daß Deutschlandkonvention und Verteidigungs-Vertrag in ihrer gegenwärtigen Form ratifiziert werden sollten. Pinay soll jedoch angedeutet haben, daß sich Frankreich um weitere Garantie-Erklärungen bemühen werde, die sich auf ein mögliches „Ausbrechen“ Deutschlands aus der Verteidigungsgemeinschaft beziehen würden.

Die Sammlungsbewegung General de Gaulles beabsichtigt, anlässlich ihres im November stattfindenden Kongresses eine Volksabstimmung über die geplante Europa-Armee zu fordern. Louis Terrenoire, der Generalsekretär der Gaullisten, schrieb dazu in einem Artikel: „Wir werden es niemals zugeben, daß die französische Armee ohne Zustimmung des Volkes verschwindet.“

Frankreich will Amerikaner rekrutieren

Der Verteidigungsausschuß der französischen Nationalversammlung billigte einen Gesetzentwurf, wonach alle jungen Amerikaner, die länger als ein Jahr in Frankreich leben, in der französischen Armee dienen müssen. Im Gesetzentwurf steht zwar „alle Ausländer“, aber praktisch würde das Gesetz nach seiner Billigung nur auf die Amerikaner Anwendung finden, denn es sollen nur die Angehörigen solcher Nationen zur Ableistung der Dienstzeit in der französischen Armee herangezogen werden, die ein gleiches von französischen Staatsbürgern verlangen. Die USA sind das einzige Land, welches eine Militärdienstpflicht für Ausländer kennt.

Saarbeschwerde soll vor Europa-Rat

Kurze Erklärung Adenauers — SPD gegen weiteres Tauziehen — 5 Bedingungen der Koalition

Bonn (E.B.) Die Bundesregierung wurde von der großen Mehrheit des Bundestages gemäß einem Antrag der SPD beauftragt, die deutsche Beschwerde über die undemokratischen Zustände im Saargebiet in der nächsten Sitzung des Ministerrats des Europa-Rats zur Behandlung zu bringen.

Ehe der Bundestag der Regierung diesen Auftrag erteilte, hatte der Bundeskanzler in einer sehr kurzen Antwort auf die Große Anfrage der SPD zur Saarfrage versichert, daß er diese Saarbeschwerde wieder einbringen werde, wenn bis zur nächsten Sitzung des Ministerrats keine Lösung des Problems gefunden sei. Außerdem erklärte er sich dazu bereit, zu den künftigen Besprechungen mit den Vertretern der an der Saar nicht zugelassenen Parteien auch die Saar-Einheitsgewerkschaften hinzuzuziehen. Die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen ihm und dem französischen Außenminister Schuman würden es notwendig machen, sich in allen diesbezüglichen Fragen größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Er werde Vertreter des Parlaments von jeder neuen Wendung in den Verhandlungen unterrichten. Im übrigen stehe er auch wie vor auf dem Standpunkt, daß eine baldige Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge auch die Lösung der Saarfrage erleichtern werde. Der Kanzler kündigte bei dieser Gelegenheit neue Besprechungen mit den an der Saar nicht zugelassenen Parteien an.

Die Debatte war mit der Begründung der Großen Anfrage und des Antrages der SPD durch den Sprecher, den Stuttgarter Abgeordneten Dr. Karl Mommer, eingeleitet worden. In der Anfrage wollte die SPD von der Bundesregierung u. a. wissen, was sie angesichts der jüngsten Bekundungen Frankreichs, die bisherige Saarpolitik fortzuführen, tun wolle. Mommer nannte das „Tauziehen in der Saarfrage“ eine Beleidigung und Verhöhnung des demokratischen Kernstücks des Europa-Gedankens. Eine dauerhafte Lösung der Saarfrage sei nur unter der Voraussetzung der vollen Gleichberechtigung aller Partner zu erreichen.

Mommer raunte an, das man den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs weitgehend entgegenkommen könne. Man habe aber auch dem Saar-Zwischenfall auf dem CDU-Parteitag in Berlin (der CDU-Saar-Politiker Ney hatte dort einiges Aufsehen durch seine indirekte Forderung nach einer Angliederung des Saargebietes an die Bundesrepublik erregt) die Befürchtung, daß die Bundesregierung ihre rechtliche Basis aufgeben und dafür „Erstgeburtsrechte“ ausbändele.

Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Opposition verzichteten die Regierungsparteien CDU/CSU, FDP und DP auf eine Beteiligung an der Aussprache über die Ausführungen des Kanzlers und begnügten sich mit einer vom FDP-Abgeordneten Dr. Ernst Mayer ver-

lesenen kurzen Erklärung, in der festgestellt wurde, daß

1. weder die Alliierten noch die Bundesrepublik berechtigt seien, vor dem Friedensvertrag eine endgültige Lösung der Saarfrage zu treffen.
2. die undemokratischen Zustände an der Saar eine sofortige Revision verlangen.
3. diese Revision die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und eine Änderung der saarländisch-französischen Wirtschaftsabkommen enthalten müsse.
4. ein Votum des gegenwärtigen Saar-Ländlages oder einer unter gleichen Bedingungen gewählten Volksvertretung ebenso wenig Geltung haben könne, wie eine unter ungleichen Bedingungen zustandegekommene Volksbefragung.
5. alle drei Bonner Regierungsparteien auf eine baldige deutsch-französische Einigung in der Saarfrage hoffen.

Die Ausarbeitung eines aktiven Saarprogramms durch Bundestag und Bundesregierung für den Fall, daß die Landtagswahlen im Saargebiet die Einführung der sozialdemokratischen Abgeordnete Willi Eichler erlangte, forderte daraufhin der sozialdemokratische Abgeordnete Willi Eichler. Er verlangte ferner, jedwede Autonomiebestrebung an der Saar abzulehnen und die Aufhebung der politischen Terrors im Saargebiet nicht an Bedingungen zu knüpfen. Die

Eine „politische Mitte“ Europas?

Pfleiderer schlägt Rückkehr zur Ost-West-Politik Stresemanns vor

Schorndorf (E.B.) Eine stärkere Bedeutung der Ost-West-Politik Gustav Stresemanns und die Bildung einer „politischen Mitte“ Europas regte der FDP-Abgeordnete Dr. Karl Georg Pfeleiderer in einer neuen Rede zur Wiedervereinigung Deutschlands in Schorndorf an. Dabei warnte er vor einer überhasteten Zustimmung zu den deutsch-alliierten Verträgen, ohne nicht drei wichtige Fragen geklärt seien: 1. Das Schicksal der als „Kriegsverbrecher“ inhaftierten Deutschen. 2. Die Bestimmungen über die Reparationen im Deutschlandvertrag. 3. Die nicht in den Verträgen enthaltenen Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Pläne Pfeleiderers — der kürzlich an der Tagung der Evangelischen Synode in der Sowjetzone teilnahm — waren von der FDP-Fraktion des Bundestages verworfen worden. Sie liefen auf die Schaffung einer „Zone der Mitte“ in Deutschland beziehungsweise Europas hinaus. Hierfür erwirkte Pfeleiderer: Da die Sowjetunion ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer Bindung an den Westen nicht sehen wolle, die deutsch-alliierten Verträge aber gerade darauf hinausliefen, sei nach seiner Ansicht nun ein „toter Punkt“ er-

reichte. Die Sowjetunion denke überdies nicht daran, die von ihr besetzte Zone in Frieden herauszugeben, wenn dadurch ihre Macht entsprechend geschwächt und die westliche Welt gestärkt werde.

Es komme daher darauf an, die Aussichten für eine freiwillige Herausgabe der Zone durch die Sowjets zu prüfen. Eine Kompromißformel biete sich beispielsweise durch die Schaffung einer „politischen Mitte“, die durch Europa zwischen den beiden großen Machtblöcken gebildet werden könnte. Sowohl die englische als auch die französische Politik trügen „höchst bedeutsame Züge“, die auf eine solche Mittelstellung Europas hinausliefen. „Die Lösung die einst Stresemann für die Stellung Deutschlands zwischen Ost und West fand“, so sagte Pfeleiderer, „bietet manchen Anhaltspunkt für eine derartige Rolle Europas. Es wäre außerordentlich nützlich, wenn man sich die Stresemannsche Politik und den Beitrag, den sie zum Frieden gestiftet hat, wieder stärker ins Gedächtnis rief.“

Kommentar Dr. Maiers
Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier erklärte zum sogenannten „Pfleiderer-Plan“, er werde überall als eine tiefgründige außen-

politische Lösung der Saarfrage durch Bundeskanzler und Regierungsparteien nannte Eichler „nicht ausreichend“, obwohl die SPD mit der Erklärung der Koalitionsparteien im Grundgesetzlichen einig sei. Die Saarfrage sei für die SPD ein Modell für den Geist der Mächte, in dem Europa gebildet werden solle. Eichler meinte, die Bundesrepublik sollte sich daher ebenfalls Zeit mit der Ratifizierung der Westverträge lassen. Eine etwaige Volksabstimmung über die Europäisierung der Saar nannte Eichler einen „Taschenspielertrick“.

USA und Großbritannien vermitteln nicht

Die USA und Großbritannien haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die Absicht, sich zur Regelung des Saarproblems in die deutsch-französischen Gespräche einzuschalten. Diese Mitteilung machten der amerikanische und der britische Hochkommissar dem Bundeskanzler am Mittwoch im Verlauf einer Unterredung, die kurz vor der Saarbefragung des Bundestages stattfand. Der Bundeskanzler gab den beiden Hochkommissaren Kenntnis vom gegenwärtigen Stand der Saarverhandlungen.

Die Abwesenheit des französischen Hochkommissars bei diesem Gespräch wird von informierter Seite damit erklärt, daß er über den Fortgang der deutsch-französischen Saargespräche ohnehin laufend unterrichtet worden sei.

Ein Sprecher des französischen Außenministeriums gab bekannt, daß die französische Antwort auf das letzte Schreiben Dr. Adenauers zur Saarfrage fertiggestellt sei. Ihre Übermittlung nach Bonn könne „jeden Augenblick“ erfolgen. Der Sprecher betonte, daß einige Punkte in dem Schreiben des Bundeskanzlers einer Klärung bedürfen. Er drückte gleichzeitig die Überzeugung aus, daß schließlich ein Abkommen über die Europäisierung des Saarlandes erzielt werden würde.

Erhard verhandelt mit den Arabern

Voraussichtlich Empfang durch den Kanzler

Bonn (E.B.) Die vier Delegierten der arabischen Staaten kamen mit Staatssekretär Hallstein zu einer ersten Aussprache zusammen. Aus Regierungskreisen wurde bekannt, daß diese in „einer guten Atmosphäre“ verlief. Weitere Unterredungen sollen folgen. Die arabischen Delegierten werden etwa fünf bis sechs Tage in der Bundesrepublik bleiben und unter anderem mit Bundeswirtschaftsminister Erhard über die deutschen Warenlieferungen an Israel, deren mögliche Auswirkungen auf die arabischen Staaten und die Möglichkeiten des Handels zwischen den arabischen Ländern und der Bundesrepublik sprechen. Sie werden ferner in das Ruhrgebiet und nach Berlin reisen, um sich über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und Westberlin zu informieren. Zum Abschluß ihres Deutschlandbesuches werden die Delegierten voraussichtlich von Bundeskanzler Dr. Adenauer empfangen werden.

Dibelius kommt nach Bonn

Sorge um die Sperrgebiete an der Ostozonengrenze

Bonn (UP). Bischof Dr. Dibelius, der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, wird am nächsten Donnerstag zu Besprechungen nach Bonn kommen und auch eine Unterredung mit dem Bundeskanzler haben. Dabei will der Bischof neben einer Erörterung seiner bevorstehenden Moskareise in der Hauptsache die Zustände besprechen, die in dem fünf Kilometer breiten, von den Sowjets geschaffenen Niemandsland an der Ostozonengrenze zur Zeit herrschen.

Wie aus einem Bericht des „Befreiungskomitees“ für die Opfer totalitärer Willkür hervorgeht, sind in dieser Sperrzone streckenweise Minenfelder angelegt worden. Teilweise würden Panzergräben und tiefgehende Bunkerstellungen angelegt. Die Anlieger der Sperrzone dürften noch 22 Uhr nicht mehr ausgehen.

Die Sowjetunion denke überdies nicht daran, die von ihr besetzte Zone in Frieden herauszugeben, wenn dadurch ihre Macht entsprechend geschwächt und die westliche Welt gestärkt werde.

Es komme daher darauf an, die Aussichten für eine freiwillige Herausgabe der Zone durch die Sowjets zu prüfen. Eine Kompromißformel biete sich beispielsweise durch die Schaffung einer „politischen Mitte“, die durch Europa zwischen den beiden großen Machtblöcken gebildet werden könnte. Sowohl die englische als auch die französische Politik trügen „höchst bedeutsame Züge“, die auf eine solche Mittelstellung Europas hinausliefen. „Die Lösung die einst Stresemann für die Stellung Deutschlands zwischen Ost und West fand“, so sagte Pfeleiderer, „bietet manchen Anhaltspunkt für eine derartige Rolle Europas. Es wäre außerordentlich nützlich, wenn man sich die Stresemannsche Politik und den Beitrag, den sie zum Frieden gestiftet hat, wieder stärker ins Gedächtnis rief.“

Kommentar Dr. Maiers

Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier erklärte zum sogenannten „Pfleiderer-Plan“, er werde überall als eine tiefgründige außen-

politische Auffassung und Zielsetzung betrachtet und als eine durch und durch sachverständige Arbeit eines Diplomaten anerkannt. Er habe nur den Nachteil, daß er nicht in das offizielle Regierungskonzept passe. Das außenpolitische El des Kolumbus sei noch keineswegs gefunden. Auch Generalvertrag und Verteidigungsvertrag seien Versuche eines Lösung, aber keine perfekten Lösungen. Man könne die 55 Millionen Deutschen nicht eliminieren. Sie würden Mittel und Wege zur Freiheit finden, und Dr. Pfeifferer bereit diese Weg behutsam vor.

Soll der Unterzeichnung der Verträge im Mai, betonte Dr. Maier, habe sich viel geändert. Die Abseignung Frankreichs gegen eine Ratifizierung sei offenkundig. Spiele nach nicht Frankreich eine dominierende Rolle in die Hände, wenn die Vereinigten Staaten England und Deutschland gebunden seien. Frankreich aber nicht? Frankreich könne nach der deutschen Ratifizierung nach Belieben Bedingungen stellen, den USA gegenüber England gegenüber und Deutschland gegenüber, das im Grunde doch eine hilflose Macht sei. In diesem Zusammenhang kündigte Dr. Maier an, daß vor Ende November das Gutachten des Bundesverfassungsgerichtes zu den Verträgen nicht zu erwarten sei.

Neue Vorschläge Heinemanns
Der frühere Bundesinnenminister Dr. Heinemann hat an die drei Hochkommissare und den Vorsitzenden der sowjetischen Kontrollkommission, sowie an die Parlamente eine Denkschrift zum Thema „Aufrüstung oder Vier-Mächte-Konferenz“ gesandt, in der er eine gemischte Ost-West-Deutschlandkommission zur Ausarbeitung einer Wahlordnung für gesamtdeutsche Wahlen vorschlägt. Diese Deutschlandkommission soll sich aus je zwei Vertretern der vier Besatzungsmächte und je fünf Deutschen aus Ost- und Westdeutschland zusammensetzen. Die Deutschen seien von den Parlamenten der Bundesrepublik und der Sowjetzone zu wählen.

Die Wahlordnung sollte auf der Grundlage der Bundestagsvorschläge für ein gesamtdeutsches Wahlgesetz vom 6. Februar 1952 und der Vorschläge der Sowjetzonen-Volkammer vom 9. Januar 1952 ausgearbeitet werden. Die Kontrolle der Wahl sollte nach der Meinung Heinemanns durch ein deutsches Wahlkomitee erfolgen, das seinerseits von den vier Besatzungsmächten überwacht wird. Das Wahlkomitee wäre von den beiden deutschen Regierungen zu bilden.

In Bonner politischen Kreisen wird diesem Plan Heinemanns entgegengesetzt, daß seine Verwirklichung eine Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Sowjetzonen-Regierung und der Sowjetzonen-Volkammer gleichkäme.

Hochzeit im Hause Bismarck

Urenkelin des „Eisernen Kanzlers“ heiratete
Hamburg (UP). Die 23 Jahre alte Urenkelin Ottov Bismarcks, Mari-Ann Gräfin von Bismarck-Schönhausen, wurde im Hamburger Vorort Bergedorf unter großer Anteilnahme der Bevölkerung mit dem 27jährigen Egbert von Oswald, Sohn eines Hamburger Großindustriellen, kirchlich getraut. Viele tausend Menschen säumten die engen Zufahrtstraßen zu der kaum zweihundert Personen fassenden katholischen Kirche St. Marien. In hellen Jubel brach die geduldig wartende Menge aus, als die Braut am Arm ihres Vaters, des Fürsten Otto von Bismarck, lächelnd die auf einem Hügel gelegene kleine Kirche betrat. Die Kirche war bis auf den letzten Platz mit Verwandten und nahen Bekannten des Brautpaares besetzt. Darunter auch Prinz Oskar von Preußen mit Gemahlin, Prinz Ludwig und Prinzessin von Hessen bei Rhein, Fürst und Fürstin Metternich, sowie Fürst und Fürstin Wittgenstein. Im Anschluß an die katholische Trauung fuhr das Paar in einer langen Wagenkolonne mit den Hochzeitsgästen zu den Bismarckschen Besitzungen in Friedrichsruh bei Hamburg. Hier segnete der Berliner Oberhofprediger Döhning das Paar in der alten Gruftkapelle. In der der „Eiserne Kanzler“ beigesetzt worden war.

Teheran brach offiziell mit London

Keine diplomatischen Beziehungen mehr - Vergebliche Warnung durch die USA

Teheran (UP). Ministerpräsident Dr. Mossadegh hat das britische Außenministerium offiziell vom Beschluß seiner Regierung unterrichtet, die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien abubrechen.

In dem Schreiben Mossadeghs heißt es: „Die iranische Regierung bedauert es sehr, daß sie zu diesem Schritt gezwungen wurde. Während der Auseinandersetzung mit der früheren Ölgesellschaft hat die Regierung des Iran immer alle Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, daß dieser Streitfall die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen nicht beeinträchtigt“. Die britische Regierung habe es nicht nur unterlassen, dem Iran bei der Lösung dieser für das Land lebenswichtigen Frage zu helfen, sondern ein Abkommen verhindert, indem sie die frühere Gesellschaft in ungesetzlicher Weise unterstützt habe. Darüber hinaus hätten einige offizielle Vertreter der britischen Regierung durch Intrigen und unzulässige Einmischung Schwierigkeiten bereitet, die auf die Störung der Ordnung und Sicherheit im Iran gerichtet gewesen seien. Sollte jedoch das gegenseitige Einverständnis wieder hergestellt werden, werde sich die iranische Regierung glücklich schätzen, die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien wieder aufzunehmen.

Nach am Mittwoch abend wurde die britische Flagge über dem Eingang zur britischen Botschaft in Teheran niedergeholt. Der britische Geschäftsträger George Middleton erklärte, er benötige etwa zwei Wochen für die Abreise. Die Botschaft beschäftigt über hundert Beamte und Angestellte. Der iranische Geschäftsträger in London wurde angewiesen, die Botschaft bis nächsten Mittwoch zu schließen; ihr gehören zur Zeit nur neun Personen an.

Eden versprach Zusammenarbeit

Förderung der Verteidigungsgemeinschaft - Aber kein späterer Beitritt

London (UP). Verantwortliche britische Kreise teilten mit, Außenminister Eden habe seinem französischen Kollegen Schuman mitgeteilt, daß Großbritannien das Zustandekommen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in jeder Weise fördern wolle und auf die baldige Ratifizierung des Vertrages durch alle Signatarstaaten hoffe. Der britische Außenminister habe jedoch in keiner Weise einen späteren Beitritt Großbritanniens zur Verteidigungsgemeinschaft in Aussicht gestellt.

Vor seiner Rückkehr nach London sagte Eden auf einem Diner des OEEC-Ministerates, Großbritannien werde „bestimmte“ Wege und Möglichkeiten zu einer engen Zusammenarbeit mit den Organisationen finden, die sich die Vereinigung Europas zum Ziel gesetzt hätten. Allerdings dürften keine Nationen Schaden nehmen, die sich diesen Bestrebungen bisher nicht angeschlossen haben. Bei einigen Nationen, die außerhalb solcher Organisationen stünden, herrsche jedoch der Eindruck, daß das Leben in Europa einfacher wäre, wenn es weniger internationale Körperschaften gäbe. Es sei das große Ziel, alle Nationen in enge Beziehungen miteinander zu bringen, so daß kein einziger europäischer Staat zur Erhaltung seiner Sicherheit auf sich allein angewiesen sein sollte.

De Gasperi „unparteilich“
Der italienische Ministerpräsident de Gasperi kam in einer außenpolitischen Erklärung vor dem Abgeordnetenhause auf das Problem der Wiederbewaffnung Deutschlands zu sprechen. Er erklärte, daß Italien in dieser Frage eine Position „absoluter Unparteilichkeit“ bezogen habe.

Italien habe Verständnis für die französischen Vorbehalte und Befürchtungen. Italien habe aber auch „ein Ohr für die Stimme der Realitäten der Geschichte“. Westeuropa sei bedroht und zur Abwehr dieser Bedrohung sei das Projekt der Europa-Armee geschaffen worden, das dem System der kollektiven Sicherheit diene. Die Bildung der Europa-Armee bedeute, daß diese Truppen einem „kollektiven Willen“ untergeordnet werden. Die Europa-Armee werde schließlich in einer Weise organisiert, daß ein „Ausbrechen“ einzelner Partner unmöglich sei.

Juin im Haag
Alphonse Juin, Marschall von Frankreich und NATO-Oberbefehlshaber in Mitteleuropa, traf zu einer Inspektionsreise durch die Niederlande im Haag ein. Er hatte dort Besprechungen mit Verteidigungsminister Staf und Generalstabschef Hasselmann.

Der Nordatlantiktatrat trat in Paris zu einer Sitzung zusammen, um die Tagesordnung für eine Reihe von Konferenzen festzulegen, die der Rat Anfang nächster Woche mit dem Ständigen Militärausschuß abhalten wird. Auf der gleichen Sitzung befaßten sich die Vertreter der 14 NATO-Länder mit dem Jahresbericht der auf Grund von den einzelnen NATO-Mitgliedern ausgefüllten Fragebogen zusammengestellt wird und einen Überblick über die wirtschaftliche und militärische Situation in den einzelnen Ländern geben soll.

zu sprechen. Er erklärte, daß Italien in dieser Frage eine Position „absoluter Unparteilichkeit“ bezogen habe. Italien habe Verständnis für die französischen Vorbehalte und Befürchtungen. Italien habe aber auch „ein Ohr für die Stimme der Realitäten der Geschichte“. Westeuropa sei bedroht und zur Abwehr dieser Bedrohung sei das Projekt der Europa-Armee geschaffen worden, das dem System der kollektiven Sicherheit diene. Die Bildung der Europa-Armee bedeute, daß diese Truppen einem „kollektiven Willen“ untergeordnet werden. Die Europa-Armee werde schließlich in einer Weise organisiert, daß ein „Ausbrechen“ einzelner Partner unmöglich sei.

Der Sprecher der Opposition, Fritz Eriker, wandte sich gegen die Erklärung des Kanzlers, soweit sie nur versuche, die „schwachen Stellen“ des Untersuchungsberichts zu umgehen. Der Auswärtige Dienst müsse eine hochnotwendige Visitenkarte bleiben und Vertrauen zu Deutschland schaffen. In der gegenwärtigen Form sei das AA aber die direkte Fortsetzung des hitlerischen Auswärtigen Amtes. Der Bericht des Untersuchungsausschusses wurde von dem SPD-Abgeordneten Dr. Brill kritisiert. In ihm wird festgestellt, daß drei Diplomaten nicht für den Auswärtigen Dienst geeignet sind und sieben nur bedingt geeignet seien. Zu den „Ungeeigneten“ gehören nach dem Bericht die Gesandten von Bergen und von Grundherr (narwischen pensionierter) sowie der ehemalige Personalchef im Bonner Auswärtigen Amt, Dittmann. Unter den „bedingt Geeigneten“ nannte der Ausschuß den neuen Personalchef des AA, Pfeiffer, den jetzigen Botschafter in Ankara, Haas, und das frühere Mitglied der deutschen Delegation bei der deutsch-israelischen Wiederputschungsverhandlungen im Haag, von Trützschler.

Bundeskanzler Dr. Adenauer stellte demgegenüber fest, daß von 21 überprüften Beamten nur drei wegen einer Verstrickung in NS-Maßnahmen als ungeeignet, fünf dagegen

Der amerikanische Botschafter in Teheran, Loy Henderson, hatte kurz vor diesem offiziellen Schritt der iranischen Regierung noch einmal Ministerpräsident Mossadegh aufgesucht und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß ein Abbruch der Beziehungen zwischen dem Iran und Großbritannien nach Ansicht der amerikanischen Regierung eine Regelung des Ölstromes unmöglich machen und sich daher nur zum Nachteil des Iran auswirken würde.

Die Reaktionen Londons
Das britische Außenministerium wird zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch den Iran keine formelle Erklärung abgeben. Zuständige Stellen bezeichnen jedoch den Schritt Mossadeghs als „ebenso bedauerlich wie nötig“. Die britische Regierung werde auch weiterhin gegen jeden etwaigen Käufer iranischen Öls vorgehen. Gleichzeitig wird betont, daß der Bruch bei allem Ernst nicht so tragisch sei, da es ohnehin seit Beginn des Ölkonflikts keinen normalen diplomatischen Verkehr mehr zwischen den beiden Staaten gegeben habe.

Todesstrafe für zwei ägyptische Offiziere?
Kairo (UP). Vor einem ägyptischen Militärgericht forderte die Anklagevertretung die Todesstrafe für zwei hohe Offiziere, die bei dem Putsch General Naguibs auf Seiten des Königs geblieben waren. Die beiden Offiziere, Generalmajor Hussain Sirry Amer, ehemaliger Kommandeur des ägyptischen Grenzkorps, und Oberst Sayed Farah, ehemaliger Gouverneur der westlichen Wüstengebiete, haben sich laut Anklageschrift des Desertionsversuches und der Aufstachelung der Truppen zum Ungehorsam schuldig gemacht. Amer hatte zusammen mit Farah nach dem Putsch versucht, nach Libyen zu fliehen.

als Widerstandskämpfer und einer als „teilweiser Widerstandskämpfer“ bezeichnet worden seien. Grundsätzlich vertrat Dr. Adenauer die Auffassung, daß man dem AA die große Schwierigkeiten bei seinem Aufbau zugute halten müsse, weil erfahrene Beamte 1945 einfach nicht vorhanden gewesen seien. In wenigen Jahren würden aber neue Kräfte und der Nachwuchs in die entscheidenden Stellen nachgerückt sein. „Man kommt mit der Aufbauarbeit nicht weit, wenn dauernd geschoben wird“, meinte der Kanzler. Im übrigen trage in jedem Land die Regierung die Verantwortung für die Außenpolitik und nicht der einzelne Beamte. Die öffentliche Kritik habe weit über das Ziel hinausgeschossen, denn die Hochkommission habe beim Aufbau des AA weitgehend Einspruchsmöglichkeiten gehabt. Auch das Agrément bzw. das Exequatut hätte von den betreffenden Ländern verweigert werden können. Das sei aber nie der Fall gewesen.

„Man soll nationale Aufgaben nicht durch dauernde Beschmutzung des eigenen Nestes entwürdigen“, rief DP-Abg. Merkatz aus und

Die Aufständischen in Indochina sind es gelungen, mit mindestens drei Divisionen einen etwa 100 km breiten Keil zwischen die französischen Truppen im Raum von Hanoi und die weiter westlich stehenden Verbände zu treiben. Die französischen und vietnamesischen Verbände weichen beiderseits von diesem Keil zurück; östlich der Keil versuchen sie, sich in südlicher Richtung auf neuem Aufmarschstellungen etwa 50 Kilometer vor Hanoi zurückzuziehen, westlich des kommunistischen Einbruchs weichen sie in westlicher Richtung in das Gebirgsland der Provinz Thai aus. Die dort stehenden Truppen können gegenwärtig nur auf dem Luftwege versorgt werden.

Die Aufständischen haben offenbar die Absicht, aus Norden kommend westlich Hanoi vorzustoßen und die Stadt von Süden zu umfassen, wobei sie aber auch ständig direkt aus Westen einen Druck auf die zurückweichenden französischen Verbände ausüben. Die abgeschliffenen französischen Truppen haben den Befehl erhalten, ihre bisherigen Stützpunkte aufzugeben und sich in westlicher Richtung weiter zurückzuziehen.

Die Aufständischen haben offenbar die Regenerität dazu benutzt, ihre Truppen zu verstärken und mit neuen Waffen aus China verbracht zu machen. Ihr Vorstoß an Hanoi vorbei gibt ihnen jetzt die Möglichkeit, mit den Rebellen im mittleren Indochina direkte Verbindung herzustellen.

In Phan Thiet, einer kleinen Küstenstadt 140 Kilometer östlich Saigon, die durch einen Wirbelsturm schwer mitgenommen und gleich darauf durch Wolkenbrüche unter Wasser gesetzt wurde, sind etwa 200 Menschen ums Leben gekommen.

Rote Offensive auch in Korea möglich
Feldmarschall Alexander, der britische Verteidigungsminister, sagte im Oberhaus, die kommunistischen Truppen in Korea seien durchaus dazu imstande, ohne lange Vorbereitungen eine größere Offensive zu unternehmen. Nichts spreche aber dafür, daß eine solche Offensive bevorstehe. Nach Ansicht der verantwortlichen Truppenkommandeure sei es möglich, daß den Kommunisten ein Durchbruch glücke, doch würden sie einen solchen Erfolg wegen der Luftüberlegenheit der UN-Streitkräfte nicht ausnützen können.

Die kommunistischen Landtruppen in Korea seien über eine Million Mann stark, außerdem hätten sie starke Luftstreitkräfte hinter dem Yalu in Reserve. 750.000 Mann davon seien chinesische Truppen. Die Bewaffnung der Kommunisten sei im Laufe des letzten Jahres verbessert worden. Sie hätten jetzt etwa 600 Panzer und Sturmgeschütze sowie eine stärkere Artillerie. Die Luftstreitkräfte der

Kommunisten verfügten gegenwärtig über etwa 1200 Jagdflugzeuge vom Typ MIG-15, das seien 300 mehr als im Frühjahr. Tschiang bietet 30.000 Mann an. Tschiangkalschek hat die USA wissen lassen, er sei bereit, 30.000 Mann zum Kampf gegen die nordkoreanischen und rotchinesischen Kommunisten zur Verfügung zu stellen.

Wenn auch von seiten der amerikanischen Regierung darauf noch keine offizielle Reaktion erfolgte, so vertraten zuständige Stellen doch die Ansicht, daß ein Hinzuweisen der Truppen Tschiangkalscheks dem nordkoreanischen Konflikt allzuleicht den Charakter eines chinesischen Bürgerkrieges geben könne, der die Rotchinesen veranlassen könnte, auf Grund ihres gegenseitigen Verteidigungspaktes mit der Sowjetunion sowjetische Truppen zur Hilfe zu rufen. Darüberhinaus erkenne eine Reihe der wichtigsten Alliierten der USA die nationalchinesische Regierung nicht an und würden ihre Einbeziehung aufs heftigste mißbilligen.

Korea-Debatte vor den UN
Außerdem ein polnischer „Friedensplan“ - Minderheiten auf der Tagesordnung
New York (UP). Der polnische Außenminister Skrzypowski unterbreitete dem Politischen Hauptauschuß der UN-Generalversammlung die Forderung, den von Polen unterbreiteten „Friedensplan“ einschließlich des Problems des koreanischen Waffenstillstandes unverzüglich zu behandeln. Es gäbe kein Problem von größerer Vordringlichkeit.

Nach den Delegierten Indonesiens, des Irak und der Tschechoslowakei, welche die Forderung des polnischen Außenministers unterstützten, ergriff der sowjetische Delegierte Gromyko das Wort, um sich gegen die Erörterung anderer Fragen vor dem polnischen „Friedensplan“ zu verwahren. Ironisch stellte er die Frage, ob es denn Delegierte gäbe, die über die Beendigung des Korea-Krieges erst zuletzt beraten wollten. Der australische Außenminister Casey sowie der kanadische und der amerikanische Delegierte forderten den Ausschuß auf, unverzüglich mit der Korea-Debatte zu beginnen, ohne dadurch die Wichtigkeit anderer Probleme in Frage zu stellen.

Im weiteren Verlauf der Debatte setzte es eine Gruppe von arabischen und asiatischen Delegierten durch, daß die Behandlung der indischen Minderheiten in Südafrika und die Differenzen, die auf die Rassentrennungspolitik der südafrikanischen Regierung zurückzuführen sind, und das Problem der arabischen Palästina-Flüchtlinge auf die Tagesordnung des politischen Sonderauschusses gesetzt wurden.

nannte die Empfindungen im Falle von Margens, Dittmanns und von Grundherr eine „gefährliche politische Beckmessererei“.

Unruhe im Haus erzeugend warf der SPD-Sprecher Eriker daraufhin dem Kanzler vor, daß alle Beamte im AA vom Referenten aufwärts ehemalige PG's seien. Dr. Adenauer erwiderte dazu, auch der DGB habe ihm zwei ehemalige PG's als Vertreter für die Montanunion vorgeschlagen. Er wisse nicht, was die SPD nun eigentlich wolle.

Das Plenum überwiegt schließlich nach Abstimmung im Hammelsprung eine Entscheidung der SPD mit 156 gegen 127 Stimmen an den zuständigen Ausschuß. In dieser Resolution fordert die SPD die Bundesregierung auf, bis zum 15. Dezember schriftlich über die disziplinarischen Maßnahmen gegen die überprüften Beamten zu berichten.

Gedenken der Gefangenen
Die Abgeordneten des Bundestages erhoben sich zu Beginn der Sitzung von ihren Plätzen und gedachten der noch nicht heimkehrten deutschen Kriegsgefangenen. Bundestagspräsident Dr. Ehlers erklärte im Namen des Plenums, daß sich der Bundestag mit seinem Mitgefühl und seinem Mitgedenken in die Gemeinschaft derjenigen stelle, die in dieser Woche aller deutschen Menschen gedenken, die aus den Gefängnissen und Lagern noch nicht wieder in die Heimat zurückgekehrt seien.

Selbstbestimmung des Sudan
Unterhausorgane um Deutschland - Britische Lieferungen an Spanien

London (UP). Außenminister Eden gab vor dem britischen Unterhaus bekannt, daß die britische Regierung dem Gesetz über die Selbstbestimmung des Sudan zugestimmt und Ägypten von dieser Entscheidung in Kenntnis gesetzt habe.

Dieses Gesetz, das am 9. November in Kraft tritt, sieht vor, daß die Bevölkerung des Sudan ein Zwei-Kammer-Parlament wählt, das über die Zukunft des Sudan entscheiden soll. Hierbei sind drei Möglichkeiten gegeben: Völlige Unabhängigkeit, Zugehörigkeit zum britischen Commonwealth oder Verbindung mit Ägypten.

Der Labour-Abgeordnete Dalton, ein entschiedener Gegner der Wiederbewaffnung Deutschlands, richtete an die Regierung die Anfrage: „Welche Schritte sind unternommen worden, um zu verhindern, daß erbeutete deutsche Kriegsdokumente oder deren Kopien, die Pläne für den Unterseeboot- und Luftkrieg gegen unser Land enthalten, der westdeutschen Bundesregierung zurückgegeben werden?“ Unterstaatssekretär Nutting erwiderte: „Derartige Pläne sind der deutschen Bundesregierung nicht zurückgegeben worden. Bevor wir solche Dokumente zurückgeben, werden wir dafür sorgen, daß sich darunter nicht solche befinden, die die Sicherheit unseres Landes gefährden könnten“.

Um britische Lieferungen an Spanien kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung, als ein Abgeordneter der Labour Party wissen wollte, ob und welches militärische Material von England nach Spanien geliefert worden sei.

„Man soll nationale Aufgaben nicht durch dauernde Beschmutzung des eigenen Nestes entwürdigen“, rief DP-Abg. Merkatz aus und

Die Aufständischen in Indochina sind es gelungen, mit mindestens drei Divisionen einen etwa 100 km breiten Keil zwischen die französischen Truppen im Raum von Hanoi und die weiter westlich stehenden Verbände zu treiben.

Die französischen und vietnamesischen Verbände weichen beiderseits von diesem Keil zurück; östlich der Keil versuchen sie, sich in südlicher Richtung auf neuem Aufmarschstellungen etwa 50 Kilometer vor Hanoi zurückzuziehen, westlich des kommunistischen Einbruchs weichen sie in westlicher Richtung in das Gebirgsland der Provinz Thai aus. Die dort stehenden Truppen können gegenwärtig nur auf dem Luftwege versorgt werden.

Die Aufständischen haben offenbar die Absicht, aus Norden kommend westlich Hanoi vorzustoßen und die Stadt von Süden zu umfassen, wobei sie aber auch ständig direkt aus Westen einen Druck auf die zurückweichenden französischen Verbände ausüben. Die abgeschliffenen französischen Truppen haben den Befehl erhalten, ihre bisherigen Stützpunkte aufzugeben und sich in westlicher Richtung weiter zurückzuziehen.

Die Aufständischen haben offenbar die Regenerität dazu benutzt, ihre Truppen zu verstärken und mit neuen Waffen aus China verbracht zu machen. Ihr Vorstoß an Hanoi vorbei gibt ihnen jetzt die Möglichkeit, mit den Rebellen im mittleren Indochina direkte Verbindung herzustellen.

In Phan Thiet, einer kleinen Küstenstadt 140 Kilometer östlich Saigon, die durch einen Wirbelsturm schwer mitgenommen und gleich darauf durch Wolkenbrüche unter Wasser gesetzt wurde, sind etwa 200 Menschen ums Leben gekommen.

Rote Offensive auch in Korea möglich
Feldmarschall Alexander, der britische Verteidigungsminister, sagte im Oberhaus, die kommunistischen Truppen in Korea seien durchaus dazu imstande, ohne lange Vorbereitungen eine größere Offensive zu unternehmen. Nichts spreche aber dafür, daß eine solche Offensive bevorstehe. Nach Ansicht der verantwortlichen Truppenkommandeure sei es möglich, daß den Kommunisten ein Durchbruch glücke, doch würden sie einen solchen Erfolg wegen der Luftüberlegenheit der UN-Streitkräfte nicht ausnützen können.

Die kommunistischen Landtruppen in Korea seien über eine Million Mann stark, außerdem hätten sie starke Luftstreitkräfte hinter dem Yalu in Reserve. 750.000 Mann davon seien chinesische Truppen. Die Bewaffnung der Kommunisten sei im Laufe des letzten Jahres verbessert worden. Sie hätten jetzt etwa 600 Panzer und Sturmgeschütze sowie eine stärkere Artillerie. Die Luftstreitkräfte der

Aus der Stadt Ettlingen

Ich habe andere Interessen

Stehen da zwei junge Mädchen — sie mögen wohl 13 Jahre alt gewesen sein — vor einem Schaufenster und betrachten aufmerksam die Auslagen. Während die eine noch recht eingehend die schönen Dinge betrachtet und dabei besonderen Gefallen an einem reizenden Pelzmantel findet, schaut bereits die andere gelangweilt die Straße auf und — „Hörst du, Lise, die Straße auf und — „Hörst du, Lise, die Straße auf und — „Hörst du, Lise, die Straße auf und —

Wohl konnte ich diesen Sätzen nicht entnehmen, welche anderen Interessen das Mädchen hat, doch ihre Äußerungen waren mir Anlaß zu einer stillen Betrachtung. Ob dieses Kind noch in fünf oder zehn Jahren auch noch uninteressiert vor einem Schaufenster stehen wird, in dem die reizendsten Dinge für eine Frau ausgestellt sind? Es ist kaum denkbar.

Aber bleiben wir einmal bei der Annahme, daß das Mädchen als junges Fräulein immer noch keinen Wert auf schöne Mäntel und sonstige modische Dinge setzt. Das wäre ja eine ideale Ehefrau! — Ob sich aber die Männer um sie reißen würden?

Nun, soweit ist es noch lange nicht und sicherlich wird sich im Laufe der Zeit auch die Anschauung der kleinen „Dame“ ändern. Es wäre ja fast eine Ausnahme, denn ein klein wenig eitel werden alle Mädchen, wenn sie ein gewisses Alter erreicht haben. Das kleine Köckchen weiß noch nicht, wie es sich als Hübin einst benehmen wird. Auch sie wird einmal auch an einem reizenden Mantel Gefallen finden! —

Der Fußgängerweg an der Friedrichsbrücke ist Gegenstand einer städtischen Bekanntmachung in der heutigen EZ. Obwohl dieser Steg schon seit Wochen benutzt wird, sind erst jetzt die Akten von der staatlichen Aufsichtsbehörde zurückgekommen. Vorschriftsgemäß muß nun noch diese öffentliche Bekanntgabe erfolgen. Es ist wohl nicht zu befürchten, daß Einwendungen erhoben werden und die vielen Fußgänger, die sich ganz an diese notwendige Brückenverlängerung gewöhnt haben, werden sich durch diesen Scherz des Amtschreibens nicht darin beirren lassen, den Steg zu benutzen.

Den Durchgangsverkehr nicht hemmen. Am Mittwoch 20.30 Uhr ereignete sich auf der Karlsruher Straße ein Zusammenstoß. Ein Lastzug war am Straßenrand abgestellt, da der Fahrer ein Rücklicht in Ordnung bringen wollte. Während der Zeit, in welcher der Lastwagen nicht vollständig beleuchtet war, stieß ein Motorradfahrer auf den Anhänger auf. Der Kraftfahrer und der Sozialfahrer wurden so erheblich verletzt, daß sie beide ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Das Abstellen von Kraftfahrzeugen auf Durchgangstraßen sollte unbedingt vermieden werden. Wenn Reparaturen auszuführen sind, so sollen die Fahrzeuge mit verstärkter Beleuchtung abseits der Hauptstraßen geparkt werden. Selbstverständlich muß bei so ungünstigem Wetter wie gestern Abend auch von den anderen Verkehrsteilnehmern erhöhte Vorsicht geübt werden.

Der Circus Carl Althoff wird auf seiner Blütentournee am Wochenende in Ettlingen Station machen. Diesmal schlägt er die Zirkusstadt auf dem kleinen Sportplatz hinter dem Hof auf. Bei seinem Auftreten vor drei Jahren in Ettlingen erregte Circus Althoff durch das von ihm veranstaltete Frühstück im Löwenkäfig Aufsehen. Auch diesmal bietet er wieder ein vollständiges Programm. Die Premiere ist am Samstag 20 Uhr. Für die Orte der Umgebung sind günstige Sonderverbindungen vorgesehen.

Badisches Staatstheater

Opernhaus: Heute 20.00 Uhr 4. Vorstellung für Abonnement D und freier Kartenverkauf: Balletabend. Ende 22.0 Uhr. Schauspielhaus: 20.00 Uhr 3. Vorstellung für das Fremden-Donnerstagsabonnement Schauspielgruppe und freier Kartenverkauf: „Minna von Barnheim“, Lustspiel von Lessing. Ende 22.30 Uhr.



„Friseur für den Abend“

Der Pariser Modedesigner Fernand Aubry präsentiert jetzt seine neuen Abendfrisuren, die alle im „Tomburin“-Stil gehalten sind. Hier zwei seiner Schöpfungen

Reform der Sozialversicherung

Höhere Kriegsbeschädigten-Renten werden abgelehnt - Die Leistungen der Versicherungsträger

Der Staatssekretär im Bundesministerium, Max Sauerborn, forderte auf dem Jahrestag des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger in München eine Erhöhung des Sozialproduktes, um so die Deckung der Sozialversicherungsaufwendungen und damit den Lebensstandard der Rentner zu gewährleisten. Das Problem der vorwiegend gesundheitlichen Gründe bei den Reformplänen für die Sozialversicherung einen bedeutenden Platz einnehmen. Herz-, Rheuma- und Kreislauferkrankungen seien für die Sozialversicherung gegenwärtig die größten Belastungen, da sie eine vorzeitige Rentenberechtigung auslösten.

Sauerborn wies die Forderung der Kriegsbeschädigten nach Erhöhung ihrer Renten als unberechtigt zurück. Dies würde für den Bundeshaushalt eine neue Belastung von 800 Millionen DM jährlich bedeuten. „Wenn die Kriegsbeschädigten ihre Renten als zu niedrig ansehen, will die Lebenshaltungskosten steigen, was sollen dann unsere anderen Rentner sagen, die das gleiche Anrecht auf Erhöhung ihrer Renten hätten?“, fragte der Staatssekretär. Der Bund müsse unabhängig bemüht sein, das Lohn- und Preisgefüge im Rahmen einer gesunden Volkswirtschaft zu halten, damit die Grundlage der Sozialversicherung erhalten bleibe. Der Bund müsse auch alles tun, um eine neue Inflation zu vermeiden.

Die Zahl der laufenden Renten beträgt gegenwärtig in der Invalidenversicherung 4 978 622

Gedanken über das Spargeld

Gehortetes Geld — halbes Geld

Dem Mann auf der Straße wird es zunächst kaum einfallen, daß gehortetes Geld halbes, d. h. schlechtes Geld sein soll. Er wird auch nicht einsehen, daß eine in Form von Bargeldhorten angesammelte Ersparnis schlechter sein soll als eine auf Sparkonto angesammelte Ersparnis. Soweit dabei der Blick auf den Konsumverzicht gerichtet ist, dem die Ersparnis ihr Dasein verdankt, hat er auch durchaus recht. Konsumverzicht aber ist nur die eine Seite des Sparens; Anlage von Ersparnissen in volkswirtschaftlichen Werten ist die andere Seite. Soll es zu echter volkswirtschaftlicher Ersparnis kommen, so müssen sich beide Seiten ergänzen: zum Konsumverzicht muß die Anlage treten. Das aber fehlt beim Sparen in Bargeldhorten. Eine Anlage in volkswirtschaftlichen Werten ist — wenn der Sparer nicht selbst anlegt, also beispielsweise Wertpapiere kauft oder ein Darlehen gibt — nur gewährleistet beim Sparen auf Einlagekonten bei Kreditinstituten, z. B. bei einer Sparkasse.

Gemäß dieser Einsicht bedarf der Leitsatz „gehortetes Geld — halbes Geld“ einer Erläuterung. In der Form „Bargeldsparen — halbes Sparen, Kontosparen — gutes Sparen“ ist er aber jedermann verständlich, denn jeder wird einsehen, daß ein Sparen ohne An-

lage der Sparmittel in der Volkswirtschaft nur eine halbe Sache ist. Der Umfang des halben Sparens — des Bargeldhortens also — sollte nicht unterschätzt werden. Obwohl statistische Daten über die Bargeldhortung nicht zu gewinnen sind, läßt sich schätzen, daß mehr als der zehnte Teil des in Westdeutschland umlaufenden Bargeldes, mehr als 1 Mrd. DM, in Bargeldhortung festgelegt ist. Dabei handelt es sich zum großen Teil um reguläre Sparmittel, die den Weg zum Sparkonto oder in eine ähnliche Anlage nicht finden können, die deshalb als Kapitalmarktmittel ausfallen und so nicht unwesentlich das mangelhafte Funktionieren des Kapitalmarktes mit verursacht haben. Würden diese Bargeldhorte in größerem Umfang den Weg zum Sparkonto finden, so würde das bedeutend zur Entspannung der Kapitalmarktlage beitragen. Um das Mißtrauen insbesondere der ländlichen Sparer vor der Haltung eines Kontos auf den eigenen Namen zu beseitigen, ist unter Hinweis auf die günstigen Erfahrungen in anderen Ländern, z. B. in Österreich, die Aufhebung des Legitimationszwanges für Spareinlagekonten gefordert worden. Leider haben dieserpolitische Bedenken eine Verwirklichung dieser Vorschläge bisher verhindert.

Für das Jahr 1932 wurde eine Beitragseinnahme der beiden Versicherungszweige von rd. 4 Milliarden DM erwartet. Die Rentleistungen der Invaliden- und Angestelltenversicherung betragen gegenwärtig monatlich 340 Millionen DM oder jährlich über 4 Milliarden. Die Belastung durch die Rentenversicherung (jährlich 350 Millionen DM) sei in den letzten zwei Jahren in der Invalidenversicherung von 5,6 Prozent auf 12,2 Prozent und in der Angestelltenversicherung von 2,7 Prozent auf 4,5 Prozent der Beitragseinnahmen gestiegen. Die Aufwendungen für Heilfürsorge zur Erhaltung der Arbeitskraft und Bekämpfung der Volkskrankheiten (Tbc, Rheuma, Herz- und Gefäßkrankheiten) betragen gegenwärtig jährlich nahezu 300 Millionen DM oder sieben Prozent der Beitragseinnahmen.

Neuerungen in der Angestelltenversicherung

In der Mitgliederversammlung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in Ettlingen sprach Amtmann Diringen von der Landesversicherungsanstalt Baden über die „Neuerungen der Angestelltenversicherung“. Besonders ging der Referent auf die Selbstverwaltungswahlen in der Sozialversicherung, speziell die der Angestelltenversicherung ein und betonte, daß es Pflicht eines jeden Versicherten sei, wenn die Aufforderung zur Wahl an ihn ergebe, seiner Wahlpflicht zu genügen. Nur so wäre es möglich, eine wirklich demokratische Verwaltungsform in der Sozialversicherung zu schaffen. Des weiteren behandelte der Referent das Gesetz über die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Sozialversicherung und die Möglichkeiten der Befreiung für solche Versicherten, die die Anwartschaft bis zum 55. Lebensjahr nicht mehr erfüllen können. Das Rentenzulagegesetz fand gleichfalls besondere Beachtung und ist, wie betont wurde, ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Versicherungsprinzip, so wie es der Grundgedanke bei der Schaffung der Sozialversicherung vorah. Zum Teuerungszulagegesetz, das sehr viel Verbitterung hervorgerufen hat, sagte der Referent, daß dieses Problem nun durch das Entgegenkommen der Post gelöst sei und die Berechtigten bald in den Genuß der Zulage von 3 DM kommen werden. Besonders betont wurde, daß in aller Kürze ein Gesetz zu erwarten sei, welches die Be-

endigung des Kriegszustandes in der Sozialversicherung bringen wird. Ab diesem Zeitpunkt werden alle Ruhevorschriften außer Kraft treten und wieder die normalen Fristen in der Sozialversicherung Giltigkeit haben. Zur Handwerkerversorgung wurde angeführt, daß diese sich zu Lasten der Angestelltenversicherung auswirke. Zur Zeit sei ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der die Angestelltenversicherung noch stärker belasten soll. So soll z. B. eine Beitragsschuld der Handwerker in Höhe von 50 Millionen DM einfach gestrichen werden und Versicherten über 50 Jahre die Möglichkeit gegeben, sich 10 Jahre rückwirkend zu versichern. Ebenso sollen bei Handwerkern nur die Einnahmen aus dem Gewerbebetrieb zur Versicherung herangezogen werden. Weiterhin soll bei Neugründungen von Gewerbebetrieben die Pflicht zur Versicherung erst mit Beginn des neuen Jahres anlaufen. Von seiten der Anwesenden wurden die Ausführungen bezüglich der Handwerkerversorgung sehr stark kritisiert und gegen eine derartige Haltung der Bundesregierung Protest erhoben. Der Versammlungsleiter wurde beauftragt, den Hauptvorstand der DAG zu veranlassen, nochmals energisch gegen derartige Ansinnen der Bundesregierung vorzugehen und durch ausreichende Veröffentlichungen alle Angestellten über diese Absicht hinreichend zu informieren. Sbl

Aus der Gemeinde Bruchhausen

Bruchhausen. Am vergangenen Samstag gegen 20 Uhr hatte die Freiw. Feuerwehr eine Nachübung angesetzt, an der auch Kreisbrandinspektor Kehrbeck (Ettlingen) teilnahm. Die Nachübung nahm einen befriedigenden Verlauf wie Herr Kehrbeck nachher in seiner Ansprache betonte. Bei dem anschließenden gemütlichen Beisammeln im Gasthaus zum „Sternen“ ergriffen Kreisbrandinsp. Kehrbeck, Bürgermeister Speck und der Kommandant der Freiw. Feuerwehr Bruchhausen Wölffe das Wort. Die Tova-Lichtbühne zeigte am vergangenen Freitag den nach dem Volkstück von L. Anzengruber gedrehten Film „Der Meinelbauer“. Der schlechte Besuch dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß die Tova-Lichtbühne wiederum ein sehr schlechtes Tongerät zur Stelle hatte. Wenn sich die Lichtbühne nicht nach einem besseren Gerät umsieht, dürften sich die Filmabende in Bruchhausen nicht rentieren, da sich die hiesigen Einwohner das auf die Dauer nicht gefallen lassen. Der verlangte Eintrittspreis von 1 DM dürfte bei der schlechten Wiedergabe auch zu hoch sein.

Die Angehörigen der Jahrgänge 1921/22/23 trafen sich am Wochenende zu einer eindrucksvollen Wiedersehensfeier in der Bahnhofrestauration. Während den Begrüßungsworten durch Ludwig Müller wurde eine Gedenkstunde für die sieben gefallenen und vermißten Schulkameraden eingelegt. Drei Mitglieder des Harmonikaspielrings spielten beim Aufruf dieser ehemaligen Schulkameraden das Lied vom guten Kameraden. Auch der Lehrer dieser Schulklassen, Oberlehrer Albert Steinbrenner, der es sich nicht nehmen ließ, diesen Abend mit seinen ehemaligen Schülern zu verbringen, ergriff das Wort. Alte Erinnerungen wurden wieder wach und so gab es viel zu erzählen. Bald war eine ausgezeichnete Stimmung zu verzeichnen und es war schon Tag, als man sich trennte. Für alle Teilnehmer war es ein schönes Erlebnis, an das sie genau wie an ihre Schulzeit noch lange zurückdenken werden. Eheschließung: Samstag, 18. Okt., Fahrzeugstellmacher Horst Hamberger, Karlsruhe, Eisenlohrstr. 12, u. Margarete Johanna Speck, Bruchhausen, Friedrichstr. 18. — Eheaufgebote: Schuhmacher Leopold Heinz, Bruchhausen, Hauptstr. 53, und die Hilfsarbeiterin Elisabeth Theresia Lauring, Ettlingen, Drachenrebenweg 6. Zur Ausbildung als geprüfter Oberbaumeister wird von der hiesigen Gemeinde ein junger Mann, möglichst mit Heimarbeit gesucht. Bedingung: Bewerber nicht unter 17 Jahren, außerdem muß Interesse vorhanden sein. Anmeldungen von jungen Leuten, die Lust und Liebe dazu haben, nimmt die Gemeindeverwaltung oder der Vorstand des hiesigen Obstbauvereins, Paul Bissinger, entgegen. — Nach Abschluß der Nachprüfung von elektrischen Anlagen sind die Stromabnehmer und Hauseigentümer verpflichtet, die beanstandeten und defekten Anlagen von einem zugelassenen Elektroinstallateur wieder in Ordnung bringen zu lassen. Nach Beendigung der Reparatur sind die Befundschneide mit der Bestätigung des Installateurs auf dem Rathaus abzugeben. — Am Montag, 20. Okt., hat der Unterricht an der hiesigen Volksschule wieder begonnen.

Wirtschafts-Nachrichten

Die USA sollen mehr importieren. Draper fordert Abbau der Zollschranken. Die USA müssen ihre Importe aus Westeuropa erhöhen und Europa muß mehr produzieren, wenn die gemeinsamen Bemühungen um den Aufbau einer Verteidigungsgemeinschaft nicht gefährdet werden sollen, erklärte der Sonderbeauftragte Präsident Trumans für Europa, William H. Draper. Wichtig sei vor allem der Aufbau und die Erhaltung einer gesunden, von geschäftsmäßigen Grundsätzen getragenen wirtschaftlichen Grundlage für die atlantische Gemeinschaft. Zu dieser Erkenntnis hätten sich die USA bis heute noch nicht offen und freimütig bekannt. Statt dessen hätten sie an einer beschließenden chinesischen Mauer in Gestalt von Zollschranken festgehalten. Auch andere Nationen der Nordatlantikkpakt-Gemeinschaft hätten blühen zu diesem Problem noch nicht Stellung genommen. Auch die langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der atlantischen Gemeinschaft müßten berücksichtigt werden. Auf Europa eingehend, sagte Draper, sein wirtschaftlicher Fortschritt und seine Widerstandskraft gegen eine kommunistische Untergrundarbeit würden durch eine nicht ausreichende Produktion, zu kleine Absatzmärkte und gewisse restriktive Handelsbeschränkungen gehemmt. Ein vereintes Europa sei jedoch heute nicht mehr ein in der Ferne liegendes Ideal, sondern ein greifbares Ziel. Es könne erreicht werden — und diese Voraussetzung sei wichtig — wenn an einem vereinten Europa als Teil der wachsenden Einheit der atlantischen Gemeinschaft gearbeitet werde.

Gründung einer Bundesbank? Ersparnisse in bundeseigenen Betrieben. Im Bundesfinanzministerium wird die Errichtung einer Bundesbank für die bundeseigenen Unternehmen geplant. Man verspricht sich von der Gründung eines eigenen Bankinstitutes, das den finanziellen Ausgleich zwischen den zuleidenden und den gutgehenden Unternehmen des Bundes regeln soll, eine jährliche Ersparnis von rund 40 Millionen DM an Steuergeldern. Die Liquiditäts- und die Ertragslage werde der Investitionsbedarf der bundeseigenen Unternehmen sei sehr unterschiedlich. Eine Bundesbank könne hier ausgleichen und die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen steigern.

Hoffnung auf bessere Eisenversorgung. Die Entwicklung der Eisenversorgung in der Bundesrepublik in diesem Jahr verläuft, wie sich aus den bisherigen Zwischenberichten ergibt, neuerdings günstiger als im Vorjahr, so daß mit einem Nachlassen der Versorgungsengpässe gerechnet werden kann, teilt die „Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie“ mit. Die großen Stahlproduktionsländer der westlichen Welt haben mit Ausnahme von Deutschland ihre Versorgung je Kopf der Bevölkerung gegenüber dem Vorkriegsstand erheblich ausweiten können. In Deutschland dagegen habe die Eisenversorgung im Jahre 1931 mengenmäßig um 46,5 Prozent und je Kopf berechnet um 24,9 Prozent unter dem Stand von 1928 gelegen. Dies zeige deutlich die starken Versorgungsengpässe, die der gesamten industriewirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik im Jahre 1931 hemmend entgegenstanden hatten.



Jugendliche erkoren ihren Hut

20 Jugendliche aus Hamburg, Stuttgart, München und Köln hatten beim ersten Bundes-Test der deutschen Herrenhutindustrie in Köln Gelegenheit, aus 150 verschiedenen Hutmodellen den Hut ihrer Geschmackrichtung auszuwählen. Sie mußten sich mit ihren Hüten einem Auditorium von etwa 100 gleichaltrigen jungen Männern und Mädchen stellen. Die meisten Stimmen erhielt ein brauner Hut mit einem schmalen, hellen Einfaß-Streifen und einem hellen Band (torn). Ein gleichartiges Hutmodell in grauer Farbe (dahinter) errang den zweiten Platz.

Aus aller Welt

Gegen die Neueinstellung der Sendegebiere der westdeutschen Rundfunkstationen sprach sich der Bundestagsausschuß für Presse, Film und Rundfunk aus. Die diesbezüglichen Pläne wurden damit hinfällig.

Keine kirchlichen Würdenträger befinden sich nach Angaben des bessischen Ministerpräsidenten auf der sogenannten Schwarzen Liste der angeblichen Partisanenorganisation des BdJ.

Die Sowjetunion und Polen ratifizierten einen Vertrag, durch den der Grenzverlauf zwischen beiden Staaten festgelegt wurde.

Der bannische Staatspräsident hat den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Kerkonen ersucht, mit seinem bisherigen Koalitionskabinett (Bauernpartei, Sozialisten und Schwedische Volkspartei) im Amt zu bleiben.

Die französische Regierung beschloß eine Steuerreform, durch die u. a. die Besteuerung von Klavieren und Balkonen in Fortfall kommt.

Mit der Vollstreckung eines Todesurteils an einem Preßburger Kaufmann wegen angeblicher Sabotage hat sich die Zahl der in diesem Jahr in der Tschechoslowakei hingerichteten Personen auf 32 erhöht.

Das griechische Königspaar ist nach kurzem Aufenthalt in der Schweiz wieder nach Athen zurückgekehrt.

In München starb der ehemalige Polizeipräsident Pitzer, der im Vorjahr pensioniert wurde, nachdem er in einem Goldschieber-Prozess verwickelt worden war.

48 Menschenleben forderte ein Taifun, der über die südlichen Philippinen hinwegzog. Tausende von Häusern wurden zerstört.

Auf Einladung der Bundesregierung kommt der Leiter der Abteilung Bau im US-Bundesamt für Gefängniswesen, Robert Barnes, nach Deutschland, um seine Kollegen in Frankfurt, Hamburg und Berlin zu beraten.

Der bayerische Ministerpräsident kündigte scharfe Maßnahmen gegen etwa in Bayern aufgestellte Partisanengruppen und sonstige „parasitäre“ Organisationen an.

Umsiedler aus Schleswig-Holstein

Kiel (UP). Seit dem 1. April 1949, dem Beginn der staatlich gelenkten Umsiedlung, sind aus Schleswig-Holstein insgesamt 193 183 Heimatvertriebene in andere Bundesländer umgesiedelt worden. Davon kamen 79 404 nach Baden-Württemberg und 63 439 nach Nordrhein-Westfalen. Rheinland-Pfalz hat 42 082, Hamburg 8 901, Hessen 6 039 und Bremen 1 318 Heimatvertriebene aufgenommen.

US-Handelsminister bereist Europa

Washington (UP). US-Handelsminister Charles Sawyer wird am 31. Oktober eine Europareise antreten, die ihn auch in die Bundesrepublik führen wird. Sawyer, der in Begleitung von hohen Regierungsbeamten und amerikanischen Geschäftsleuten reisen wird, beabsichtigt, sich in Europa über die Möglichkeiten einer Steigerung der Exporte nach den USA zu unterrichten.

Prozeß gegen Jüdische Bank vertagt

Abberufung des Staatsanwalts gefordert
Frankfurt (UP). Die Erste Große Strafkammer des Frankfurter Landgerichts beschloß, den Prozeß gegen leitende Mitarbeiter der Jüdischen Industrie- und Handelsbank Frankfurt um eine Woche zu vertagen, damit dem neuen Staatsanwalt der Angeklagten Steege und Fröhlich, Dr. Reiners, die Einreichung in die Akten ermöglicht wird. Der frühere Pflichtverteidiger war abberufen worden, da sein Sozium mit der Abwicklung der Liquidation der Bank beschäftigt ist.

Gegen den mitangeklagten Bankkaufmann Steege wurde Haftbefehl erlassen, da er sich bisher nicht gemeldet hat und ihn der Amtsarzt in Geislingen (Süßes) nicht finden konnte.

Die „Gräfin“ brachte es an den Tag

Krise am Badischen Staatstheater — Rücktritt des Gesamt-Betriebsrates

Als Kalmans Operette „Gräfin Mariza“ als Ersatz für den merkwürdig plötzlich vom Spielplan des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe abgesetzten „Walzertraum“ in einem Zeitraum von zehn Tagen premierenreif gemacht werden sollte, schloß das stunde Geraune um die Person des Staatsintendanten H. W. Wolff zu einer nicht mehr zu überhörenden Windstärke an. Obgleich dem Intendanten im allgemeinen Wagnisse unympathisch sind, hatte er sich diesmal zu einer so unverständlichen Besetzung der Buffopartei entschlossen, daß Kritik und Publikum mit Recht von einem „ungerechtfertigten Experiment“ sprechen konnten und dem Premierabend mit skeptischer Spannung entgegenzusehen. Es kam, wie es kommen mußte. Die Besetzung der Sopran-Rolle mit dem jungen, an sich recht begabten Harry Friedauer erwies sich als Fehlgriff, obgleich eine einzelne kritische Würdigung von einem „Bomben-Erfolg“ sprach.

Es ist natürlich klar, daß eine absolut ideale Besetzung immer nur ein Wunsch bleiben wird. Der kritische Beobachter wird darum auch nicht die Elgung des Künstlers, sondern die Kraft einer Gestaltung fordern. Auch bei Hubert Türmer kann man streifen, ob er z. B. der „richtige“ Pimpinelli (Paganini) war. Aber er erreicht durch Gestaltung und Wandlungsfähigkeit immerhin, dem Willen der Autoren nahekommen. Schließlich ist das Hinzuwachsen über scheinbar gezogene Grenzen das Merkmal des Könners. Das aber kann man von einer jungen Nachwuchskraft wie Harry Friedauer noch nicht verlangen. Ohne Zweifel also hat Staatsintendant Wolff gleichgültig ob „zwei hohe Persönlichkeiten“ die bevorzugte Förderung Friedauers verlangt haben — dem Künstler keinen Gefallen getan. Der Vorwurf der Fehlbesetzung will ja nicht besagen, daß sich eine Rolle für einen Künstler nicht eignet, sondern daß sich der Intendant die Rolle nicht — oder noch nicht — angeeignet konnte.

Info: der Kontroverse Presse—Staats-

Der mitangeklagte ehemalige Justiziar der Bank, Rechtsanwalt Joseph Klbanzky, ersuchte um Abberufung des Anklagevertreters, des 1. Staatsanwalts Dr. Müller der nach dem Inhalt eines vorgelegten Schriftsatzes von sich aus weitere Ermittlungen geführt haben soll, nachdem die Staatsanwaltschaft das gesamte Beweismaterial dem Gericht bereits übergeben habe. Dr. Müller habe dem verstorbenen ehemaligen Leiter des Landesentscheidungsamtes Bayern, Dr. Auerbach, sowie die beiden im Ausland lebenden, aber für das Gericht nicht mehr greifbaren Personen Dr. Leo Bendit und Noel Dreyci vernommen, die alle drei zu Gunsten Klbanzky's ausgesagt hätten. Aus diesem Grunde müsse der Staatsanwalt als Zeuge erscheinen und aus dem Verfahren als Ankläger ausscheiden. Dr. Müller habe außerdem einem anderen Zeugen mit Verhaftung gedroht, falls er nicht aussagen wolle.

aten eines Intendanten am badischen Staatstheater künftig zu besetzen sein wird, läge eine solche Klarstellung sehr im Interesse des gegenwärtigen Theaterleiters. Auch wäre sie sonst recht interessant und aufschlußreich. In jedem Falle aber ist es an der Zeit, daß das „Spiel hinter den Kulissen“ aufhört. Schließlich repräsentiert das Badische Staatstheater zum nicht geringen Teil das Kulturleben des gesamtbadischen Raumes. (rwk)

Vereine berichten

Jugendheim Eßlingen

Zu unserem Heimabend mit Jägerlieder, Gedichten und Jagdgeschichten am Samstag, 23. 10., 20 Uhr, laden wir Erwachsene und Jugendliche freundlichst ein.

Arbeiter Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“
Die männlichen Mitglieder treffen sich am Freitag, 24. Oktober 20 Uhr im Vereinslokal zum „Badischen Hof“, zu einer wichtigen Besprechung.

Der Boxsportverein Eßlingen

tritt am Samstag, 15. Okt., gegen die Staffel des Boxsportvereins Durmersheim in Durmersheim an. Für Schlachtenbummler ist Gelegenheit, unsere Mannschaft zu begleiten und zwar mit dem Omnibus; Abfahrt Samstag, 25. Okt., 18.30 Uhr am Schloßplatz. Fahrpreis beträgt 1 DM.

Rheinwasserstand am 22. 10.:	Konstanz 351 (+1)
Rheinfelden — (-)	Breisach 200 (-2)
Strasbourg 379 (+4)	Mann 447 (+20)
Mannheim 288 (+6)	Caub 199 (+3)

Was macht das Wetter?

Donnerstag wieder Bewölkungsauflockerung, teilweise Aufhellung, mit Temperaturanstieg um Teil über 15 Grad. Mäßige Winde aus Süd bis Südwest. Nüchternliche Tiefsttemperaturen nicht über fünf Grad. Freitag bewölkt und voraussichtlich nicht ganz niederschlagsfrei. Nur geringe Abkühlung.

Barometerstand: Veränderlich.
Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): 7°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb- u. Gaus. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Eßlingen, Schöllbrunner Straße 5, Tel. 37 487.
Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis GmbH, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

DANKSAGUNG

Für die uns in so reichem Maße erwiesene Anteilnahme, für die ehrenvollen Nachrufe sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden beim Heimgang unseres lieben Bruders, Schwagers und Onkels

ALBERT BAYER

sagen wir herzlichen Dank. Ganz besonderen Dank Herrn Pfarrer Grüber für seine trostreichen Worte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
FRIDA KRÄMER, geb. Bayer

Eßlingen, den 23. Oktober 1952

Freudige Überraschung:
„Mehrere Monate litt ich unter Ekzemen an beiden Armen, Hals und Gesicht. Nach langwierigen, ergebnislosen Bemühungen griff ich zu Kiosierfrau Aktiv-Puder: das Jucken hörte fast plötzlich auf und nach ca. 8 tägiger Anwendung war meine Haut wieder gesamt! Aktiv-Puder hat mich freudig überrascht!“ So schreibt Frau Martha Stegen, Hannover-Herrenhausen, Goslarstr. 15. Tag für Tag wird es bestätigt!

Aktiv-Puder ist der große Fortschritt zur Pflege der gesunden und kranken Haut! Dieser Universal-Puder sollte überall stets griffbereit sein.

Aktiv-Puder: Streudosen ab 75 Pfg. in allen Apotheken und Drogerien. Denken Sie auch an Kiosierfrau Melissengeist bei Beschwerden von Kopf, Herz, Magen, Nerven! (3296)

Haarausfall Schuppen Kopflücken
Naturprodukte von Holopothekar
Schweizerisches Bienenwax und
Birkenhaarwasser „Malengold“
seit vielen Jahren bewährt
Flaschen mitbringen: 1/2 Liter —
20, 200, 500, 1000 g. 500 g. bei
Badenia-Drogerie Süd, Chemnitz
Eßlingen, Leopoldstr.

Russ-Raus
Will der Ot-n nicht mehr zehren,
Russ-Raus läßt den Ruß entziehen.
Heiz nur eine Stunde gut,
Wird den Beutel in die Obst.
Stiel auf stark —
guck nicht hinein,
R-her und Ofen wird
sauber sein.
Mit Arbeit, Schmutz ist
es non aus.
Wenn du hast Russ-
Raus stets im Haus.
Paket 60 Pfennig

Verkaufsstelle für Eßlingen:
Badenia-Drogerie
RUDOLF CHEMNITZ

Stadtplan von Eßlingen
Preis 20 Pfennig empfiehlt
Buchdruckerei A. Graf - Eßlingen - Schöllbrunner Straße 5

Fußgängersteig über die Alb
Im Zuge der Friedrichsbrücke wird über die Alb ein Fußgängersteig erstellt. Pläne und Beschreibungen über das Vorhaben liegen beim Stadtbauamt Eßlingen und beim Landratsamt Karlsruhe, Zimmer 22 auf. Einwendungen sind beim Landratsamt Karlsruhe oder beim Stadtbauamt Eßlingen binnen 14 Tagen, vom Ablauf des Tages an gerechnet, an dem diese ortsübliche Bekanntmachung erfolgte, vorzubringen, widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten. (3898)

Eßlingen, den 22. Oktober 1952 Der Bürgermeister

Wir dürfen tollern!
Geopanzerte Böden halten mehr aus.



Panzer
EDEL-HARTWACHS
Nur im Fachgeschäft!

Eßlingen: N. Glasstetter, Drachenrebenweg 2, Otto Ploth, Pforzheimer Str. 50, Franz Siebert, Schillerstraße, Josef Schenk, Kronenstraße 9, Hans Gasch, Birkenweg 48

Zu verkaufen
Kompl. Schlafzimmer
mit Spiegelschrank, sehr billig, Schreibtisch u. Bücherschränken zu verkaufen. (3900)
Adolf Kraft
Eßlg., Rheinstraße 8 beim Kino

Pachtverträge
sind wieder zu haben bei
Buchdruckerei A. Graf

Beranstellungen
Bad. Staatstheater
Opernhaus (3901)
Morgen 20.00 Uhr zu ermäßigten Preisen
Der Wildschütz
Komische Oper von Lortzing
Schauspielhaus
Morgen 20 Uhr geschl. Vorst. für die Kunstgemeinde Schauspielgruppe 4
Ein idealer Gatte
Schauspiel von Oscar Wilde

Rheuma?
nimmt doch einfach Romigal!



Schmerzhaftes Rheuma Ischias, Neuralgien, Gleichgewichtsstörungen, betagte Muskeln u. Gelenksstörungen werden seit Jahren durch das hochwertige Spezialmittel Romigal selbst in hartnäckigen Fällen mit bestem Erfolg bekämpft! 1000 schmerz. Anwesenheitsstunden. Barockstraße 10, Eßlingen.

Romigal ist ein polyvalentes (mehrwertiges) Heilmittel und greift dabei Ihre zählenden Beschwerden gleichzeitig von verschiedenen Richtungen her wirksam an. Romigal wirkt nach 30 Tabletten M 4,25, Großpackung M 2,20. In allen Apotheken.

Durch Großeinkäufe von
ca. 100 000 Dosen
Wurst-Fleischkonserven
und Marinaden

günstige Preise, wodurch Sie wirklich sparen können.

Knackwürstchen	in Dosen à 2 Paar	1.05
Leberwurst	400 g. Dose	1.10
Schinkenschmalzfleisch	Dose 300 g.	1.50
Rindfleisch	im eig. Saft, 405 g. Dose	1.55
Bismarckheringe	Liter-Dose	1.45
Dtsch. Edamer	20%, 100 g.	-.32
Schweizerkäse	Dtsch. 45%, vollk., 100 g.	-.45
Hörnle	100 g.	-.49
Pfeffernüsse	200 g.	-.45
Schokolade	Vollmilch 100 g, n. Mandeln u. Sahne	2 Tl. -.95
Wermutwein	1/2 Fl.-inh.	1.15
Bienenhonig	ausf. 200 g. Glas-Fl.	1.50

Wir raten Ihnen, wenn irgend möglich, vorrätig zu sein und am Anfang d. Woche zu kaufen. Sie können besser bedient werden!

Solange Vorrat **3 % Rabatt**

PFANNKUCH

AUS UNSERER HEIMAT

Das Badenerland lädt die Welt zum Besuch ein

Aus der Tätigkeit der beiden badischen Fremdenverkehrsverbände — Geschmackvolle Prospekte werben

Baden ist eines der klassischen Reisegebiete Europas. Daß es sich lohnt, im Badenerland zu reisen und Erholung zu suchen, haben schon viele Hunderttausende von Touristen aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland erprobt. Landschaftliche Vielfalt und mildes Klima sind die Merkmale, die Baden als ein von der Natur begünstigtes Urlaubsziel kennzeichnen. Namentlich der Schwarzwald und das Land am Bodensee gehören seit jeher zu den meistbesuchten Reisezentren Deutschlands. Zahlreiche Heilbäder und Luftkurorte genießen Weltruf. Auch die anderen Landschaften Badens — Rheingebiet, Hegau, Kraichgau und Bauland — liegen keineswegs abseits vom Touristenverkehr.

In vielen badischen Gemeinden — namentlich in der südlichen Landeshälfte — beruht das wirtschaftliche Leben zum überwiegenden Teil auf dem Fremdenverkehr. Ihn zu erhalten und zu fördern, ist eine Lebensfrage. Es gibt aber auch manchen idyllisch gelegenen Ort, an dem die Mehrheit der Touristen noch achtlos vorüberzieht, und für den es eine wesentliche wirtschaftliche Stärkung bedeuten würde, wenn es gelänge, ihn dem Fremdenverkehr zu erschließen. Deshalb ist das Werben um den Fremden eine Notwendigkeit für Baden. Es gilt, die Reisestufigen im In- und Ausland auf die bekannten und weniger bekannten besuchenswerten Punkte Badens hinzuweisen und sie über die Vorzüge der so verschiedenartigen Plätze aufzuklären. Damit wird beiden Teilen — den Reisenden und den Gemeinden — ein Dienst erwiesen.

Verkehrsverbände als Vermittler.

Den Strohm der Touristen in die dafür geeigneten Gebiete zu lenken, ist die Hauptaufgabe der beiden badischen Fremdenverkehrsverbände, die ihre Sitze in Heidelberg für Nordbaden und in Freiburg für Südbaden haben. Ihnen fällt die wichtige Rolle von Vermittlern zwischen den Partnern des Fremdenverkehrs zu. Die Verbände sind gemeinsame regionale Einrichtungen der am Fremdenverkehr interessierten Kommunalverwaltungen und Wirtschaftsverbände. Alle Gemeinden mit nennenswertem Fremdenverkehr sind einem der beiden Verbände angeschlossen.

Die Fremdenverkehrsverbände widmen ihre Tätigkeit naturgemäß in erster Linie der Werbung. In Tausenden von Exemplaren gehen jährlich die aufschlußreichen und geschmackvoll gestalteten Prospekte beider Verbände hinaus in alle Teile der Welt. Wenn man in diesen farbigen, mit herrlichen Fotos ausgestatteten Heften blättert, kann man sich der nachhaltigen Lockung zum Reisen nicht entziehen. Inhäufig schließen die Prospekte teils das ganze Land, teils nur einen bestimmten Landschaftsraum oder einen Ort ein.

Plakate nach allen Ländern.

Plakate, die besonders charakteristische Örtlichkeiten des Badenerlandes in einprägnanter Darstellung zeigen, werden in hoher Auflage den Reisebüros im Ausland zur Verfügung gestellt. Weiterhin bedient man sich des Foto, des Diapositivs und des Films zu Werbezwecken. Reiseführer, Landkarten und Hotelverzeichnisse — alles von den Verkehrsverbänden oder unter deren Mitwirkung herausgegeben — fragen zur Bequemlichkeit des Reisens in Baden bei.

Neben diesem vorwiegend nach außen gerichteten Wirken fördern die Verbände den Fremdenverkehr durch praktische Maßnahmen auf verschiedenen Gebieten. So nehmen sie Einfluß auf die Fahrplangestaltung der Eisenbahn und anderer Verkehrsträger und setzen sich für Fahrpreisvergünstigungen im Touristenverkehr ein. Den ihnen angeschlossenen Gemeinden und Verbänden bieten sie fachmännische Beratung in allen wirtschaftlichen und technischen Fragen der Touristik. Mit dem Verkehrsverband Württemberg in Stuttgart halten beide Verbände engen Kontakt.

Den im Fremdenverkehr bildet der Südwestraum Deutschlands eine Einheit, die namentlich am Bodensee, im Schwarzwald und im Neckarland deutlich zutage tritt. Die drei Verbände haben in gemeinsamer Arbeit mehrere regionale Werbeprospekte herausgebracht. Das bedeutendste Zeugnis dieser Zusammenwirkens ist ein in diesem Jahr unter dem Titel „Baden-Württemberg“ erschienener wohlgeleitener Prospekt, der erstmalig das gesamte Gebiet des Südwestraumes umfaßt. Das Heft enthält prächtige ganzseitige Fotos aus den bevorzugten Reisegebieten zwischen Oberrhein und Bodensee, einen dreispaltigen Text, in dem über die landschaftlichen Kostbarkeiten Badens und Württembergs geäußert wird, sowie eine Reihe reizvoller mehrfarbiger Zeichnungen. Eine wichtige Aufgabe, deren Lösung noch aussteht, ist die Schaffung eines gesamt-baden-württembergischen Hotelführers.

Die große Zuckerrüben-Kampagne beginnt

Geringere Erträge in diesem Jahr — Vier Zuckerfabriken in Baden-Württemberg

Auf allen Straßen rollen jetzt die Transporte mit der Rübenfracht. Die Güterbahnhöfe haben Hochbetrieb, denn in langen Ketten werden die offenen Güterwagen beladen und nach den Zuckerfabriken dirigiert. Auf den Rübenfeldern sind die Bauern bei der Ernte, alle verfügbaren Trecker und Pferdewagen sind eingesetzt, um die Zuckerrüben zu befördern. Denn etwa 30.000 Hektar Boden sind allein in Baden-Württemberg mit Zuckerrüben bebaut. Täglich werden etwa 60.000 Doppelzentner Rüben in den Fabriken unseres Gebiets verarbeitet. Die Bauern holen aber nur täglich soviel Rüben aus dem Boden, wie sie für den Transport brauchen. Denn mit der vollen Ausreife, die etwa Mitte Oktober beginnt, steigt der Zuckergehalt der Rüben. Bis zum Beginn des Frostes bleibt also genug Zeit, um Rüben zu ernten. Im Gegensatz zu der sehr guten Ernte des Vorjahres sind in diesem Jahre die Erträge geringer, für unser Gebiet rechnen die Bauern nur mit etwa zwei Drittel des Vorjahres. Dafür ist aber der Zuckergehalt etwas höher, er ist in Württemberg mit 17 Prozent festgesetzt worden.

In Baden-Württemberg arbeiten vier Zuckerfabriken, in Stuttgart-Bad Cannstatt, Heilbronn-Zillingen (bei Heilbronn) und Hagbühl (bei Mannheim). Ihr Tagesbedarf an Rüben beträgt etwa 65.000 Doppelzentner. Hundert Tage dauert die Kampagne nach alter Erfahrung, bis dahin müssen die Rüben verarbeitet sein, damit keine Verluste durch Frost oder andere Schäden entstehen. Am 1. November wird auch die neugebaute Zuckerfabrik in Ochsenfurt die Arbeit aufnehmen, mit einer Tagesleistung von 35.000 dt ist zu rechnen. Es wird in diesem Jahre also nicht mehr erforderlich sein, die Rüben nach

Niedersachsen oder gar nach Österreich zur Verarbeitung zu schicken. Die Fabriken sind so modern eingerichtet daß der gesamte Betrieb vollautomatisch erfolgt. Es wird dazu kaum noch eine Schaufel in die Hand genommen.

Mit fließendem Wasser werden die Rüben aus den Güterwagen geschwenkt, dann gehen sie auf Förderbändern durch die Reinigung und werden in einer anderen Maschine in dünne Schnitzel zerteilt. In der Diffusionsbatterie wird der Zucker ausgelaugt, zurück bleiben die grauen, klebrigen Schnitzel, die in großen Rotationsröhrchen durch Abgabe getrocknet werden. Das Produkt geht als Trockenschnitzel an die Bauern zurück und findet als Viehfutter Verwendung. Der Rohsaft wird mehrfach gereinigt, erhält bestimmte Zusätze und wird auf dem Wege über die erste und die zweite Sättigung mehrfach gefiltert. Durch Verdampfung entsteht der Dicksaft, der bei Unterdruck gekocht wird und schließlich durch die Zentrifugen wandert, wo die Zuckerkristalle abgetrennt werden. Dieser Prozess wird mehrfach wiederholt, bis schließlich nach dem Durchlaufen von Sieben und Schüttelrinnen der weiße Kristallzucker gewonnen wird, den wir im Handel kaufen.

Damit ist die Fabrikation keineswegs abgeschlossen. Denn aus der Melasse werden Alkohol und Hefe gewonnen, der Rest wird für die Viehfütterung verwendet, sogar der übrig bleibende Kalkschlamm wird noch als Düngemittel verarbeitet. Außerdem werden in verschiedenen Spezialmaschinen die besonderen Zuckersorten, wie Würfel-, Puder- oder Buntzucker hergestellt.

Um unseren Zuckerhaushalt brauchen wir diesmal keine Sorge zu haben. Denn aus dem Vorjahre ist ein Bestand von 300.000 Tonnen übernommen worden. Es bleibt freilich noch immer ein Fehlbetrag, der durch Einfuhr aus ausländischen Ländern bereitgestellt werden muß. Aber die Besorgung bereitet keine Sorge, denn auf dem Weltmarkt liegt ein Überfluß von Zucker vor. Wenn es gelingen würde, die Zuckerteuer zu senken, dann könnten die Hausfrauen sogar mit niedrigeren Zuckerpreisen rechnen.

F. W.

Wertvolle romanische Wandfresken

In Pforzheim und Diedelsheim

Bei dem schweren Luftangriff auf Pforzheim im Jahre 1944 hatte auch die Allstädtlerkirche, eine wertvolle Schöpfung mittelalterlicher Kunst, große Schäden erlitten. Ein Brand brach dabei aus, durch den jedoch bisher unbekannte Wandmalereien aus dem 15. Jahrhundert zum Vorschein kamen. Landeskonservator Dr. Emil Lacroix wurde in den letzten Monaten beauftragt, diese Fresken freizulegen. Nach Abschluß der Konservierung konnte die überraschende Feststellung gemacht werden, daß es sich hier um Objekte von außerordentlichem kunstgeschichtlichem Werte handelt. Die Fresken sind zwischen 1400 und 1430 entstanden. — Gleichzeitig wurden umfangreiche Ausgrabungen in dieser Kirche vorgenommen, die über die Baugeschichte des Gotteshauses wertvolle Aufschlüsse gaben. Das Landesdenkmalamt in Karlsruhe will in absehbarer Zeit in einem Sonderheft der Geschichte der badischen Kunstdenkmäler eine Würdigung der Funde bringen.

In den letzten Monaten wurde bei Wiederherstellungsarbeiten an der aus der gotischen Zeit stammenden, teilweise noch romanische Bauteile aufweisenden evangelischen Kirche in Diedelsheim bei Bretten an der Westwand des Kirchenschiffes das Vorhandensein flüchtiger mittelalterlicher Malerei in echter Fresco-Technik festgestellt. Man ging sofort daran, diese Fresken freizulegen. Es konnte eine über zwei Meter große birtige, langhaarige Gestalt in grünem Gewand mit schwarzem Schultertuch und Heiligenschein freigelegt werden. Die Gestalt trägt eine kinderdürrige in weißem Gewand, ebenfalls mit Heiligenschein versehen, auf dem Arm. Es scheint sich hier um eine Christophorusfigur zu handeln. Eine besondere Überraschung war die fast völlig erhaltene ursprüngliche Färbung der Farben. Die Figur steht auf einem leuchtend gelben und braunen Grund. Den Abschluß der Malerei bildet ein 1,50 bis 1,70 Meter breiter, ebenfalls leuchtend gelb, schwarz und rot gemalter Vorhang. Teilweise liegt spätgotische Malerei in Tusche-Technik über romanischer Malerei in Atrisco.

Wie festgestellt werden konnte, war auch die ganze Turm- und Westwand mit Frescomalerei geschmückt, ebenso die nördliche Wand, soweit sie noch in ihrem romanischen Bestandteil auf uns gekommen ist. Der größte Teil der gotischen Bemalung trägt ornamentalen Charakter. Leider wurde bei den Wiederherstellungsarbeiten der Kirche in den letzten Monaten von den Bauhandwerkern auf diese verdeckten Fresken nicht geachtet, so daß ein Teil der Bemalung als verloren gelten muß. Die Freilegung und Konservierung der Wandmalereien sind noch nicht völlig abgeschlossen.

Auslandspende für ein Kunstdenkmal

Ein Geschäftsmann aus Cuba war von dem vorbildlichen Wiederaufbau in Pforzheim derart beeindruckt, daß er für die Erneuerung der 1200 Jahre alten Pforzheimer Schloßkirche einen größeren Geldbetrag spendete. Das Gotteshaus, das zu den wertvollsten Kulturdenkmälern in Süddeutschland zählt, war während des Krieges schwer beschädigt worden und drohte infolge des Mangels an finanziellen Mitteln zu verfallen. Erst kürzlich hatte die Verfassende Versammlung des Landes Baden-Württemberg 100.000 DM zum Wiederaufbau bewilligt.

Auch im Pfingzgau wächst ein guter Tropfen

Schon im 10. Jahrhundert pflegten hier die Mönche von Weissenburg den Wein

Elmendingen und Dietlingen haben den unbestrittenen Ruhm, die anerkannten Weinorte des Pfingzgaus zu sein. In Weingarten knüpft die Winzergenossenschaft an Jahrtausende Tradition an und sucht für den Weingarten Rebensaft in der Nachbarschaft Freunde und Liebhaber zu gewinnen. Dabei soll nicht vergessen sein, daß vor nicht allzu langer Zeit in vielen Pfingzgauhöfen der Weinbau heimlich war und die Rebe mit Sorgfalt gepflegt wurde. Sowohl Berghausen als auch Söllingen trieben einen vorbildlichen Weinbau, und der Söllinger Klevner lockte noch im vorigen Jahrhundert manchen trinkfreudigen Besucher in das Dorf. Über die Durlacher Weinlese sind uns noch zahlreiche Berichte erhalten, und in Grötzingen ist der Weinbau nie ganz erloschen.

Seine Blütezeit erlebte er schon im Mittelalter. Das Kloster Weissenburg, das einen großen Klosterhof in Grötzingen besaß, pflegte die Reben an den sonnigen Hängen des Pfingzgau. Im 10. Jahrhundert, also vor 1000 Jahren, ernteten die Mönche, die einen guten Tropfen wohl zu schätzen wußten, allein in ihren Grötzingen Weinbergen mehrere hundert Hektoliter Wein. Auch die späteren Klosterherren von Herrenalb und Göttesau liebten sich den Pfingzgauer Rebensaft gar trefflich munden. Der Verfasser der Grötzingen-Chronik, Dr. Dietrich, nennt in seinem Heimatbuche mehrere Pachtverträge Grötzingen-Bürger. So vergab im Jahre 1387 der Göttesauer Abt Albrecht an Klaus Müller und Kunzel Dörle in Grötzingen zwei Morgen Reben am Rodberg. Fünf Jahre später, 1392, pachtete Eberhard Kuntz vom Kloster Göttesau einen halben Morgen Weingärten am Rodberg. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts wird in einer Urkunde ein Weingarten am Hollenbrunn bei der Werren genannt.

Die badischen Markgrafen, die schon vor etwa 500 Jahren Besitzrechte zu Grötzingen erwarben, waren die Erben dieses kloster-

lichen Reblandes. Sie besaßen drei Kellern im Ort, in denen nicht nur die Trauben aus den markgräflichen Weinbergen gekeltert wurden. Jeder Bürger machte hier seinen Wein und seinen Most, denn die Kellern waren wohl der Herrschaft eigentümlich, wurden aber der Gemeinde zur Benützung überlassen. Allerdings nicht umsonst. Zur Instandhaltung hatte jeder Bürger Fronarbeit zu leisten, und von dem Wein, der gekeltert wurde, verschrieb sich der „goldige Herr“ einen beträchtlichen Anteil als Zehnt- und Trottwein. Der Zehntschreiber nahm diesen Wein in Empfang und füllte damit die Fässer im Schloßkeller und im Zehntkeller. 150.000 Liter Wein konnten die Fässer aufnehmen, so daß die Herrschaft um einen guten Trunk nie verlegen war. Man darf allerdings nicht vergessen, daß die Besoldungen der Beamten, Geistlichen und Schulmeister in Naturalien abgestattet wurden, unter denen sich immer ein Quantum Wein befand.

Ging auch der Weinbau während des Dreißigjährigen Krieges zurück, so blieb er immerhin in beträchtlichem Ausmaße bestehen. Denn sonst wäre es nicht zu erklären, woher die vier Fuder Grötzingen Wein (6000 Liter) hätten kommen sollen, die beim Hochzeitsfest der Augusta Maria und des Prinzen Friedrich Magnus im Jahre 1678 ausgeschenkt wurden. Hundert Jahre später requirierten die Franzosen nicht weniger als 45.000 Liter Wein in unserem Dorfe. In den letzten Jahrzehnten hat der Grötzingen Weinbau eine Neubelebung erfahren. Zwar ist das bestgeeignete Rebegeland am Rodberg als Rebemuttergarten für amerikanische Unterlagensorten angelegt worden. Aber die Gemeinde verfügt noch über günstig gelegenes Rebland. Die Bestrebungen gehen dahin, auch die Grötzingen Winzer für die Anlage von Gemeinschaftlichen Weinbergen zu gewinnen, zumal sich diese Gemeinschaftsanlagen auf vielen Gemarkungen in den badischen Weinbaugemeinden als sehr vorteilhaft erwiesen haben.

Geha

Die Kahlchläge verschwinden wieder

Schäden des enormen Holzeinschlags machen sich noch ein Menschenalter lang bemerkbar

Zu Beginn der Besatzungszeit erhielten die Forstverwaltungen der französischen Zone von der Militärregierung den Befehl, alle Nadelholzbestände aufzunehmen und dem französischen Forstdienst zu melden. General Noël befehligte dann im Herbst 1946 die Leiter der Forstverwaltungen aus der französischen Zone zu sich nach Baden-Baden, um ihnen bekanntzugeben, daß Frankreich insgesamt 6 Millionen Festmeter Derbholz auf dem Stock „kaufe“, wovon auf jedes der drei Länder der französischen Besatzungszone zwei Millionen Festmeter entfielen.

Das war der eigentliche Beginn eines Programms, das in der französischen Zone riesige Flächen von Kahlchlägen schuf. Zunächst wurden jedoch noch die Landesforstverwaltungen aufgefordert, zugleich als Vertreter des Körperschafts- und Privatwaldbesitzes mit der Militärregierung abzuschließen. Während die damaligen Länder Rheinland-Pfalz und Baden diese Verträge unterzeichneten, lehnte das Land Württemberg-Hohenzollern einen solchen Vertrag ab. Die Einliebe wurden selbstverständlich auch dort durchgeführt.

Nach der Bestandsaufnahme des Nadelholzwaldes wurden Abteilungssetzei angefertigt, die von der französischen Besatzungsmacht in Frankreich meistbietend an französische Exploitationsfirmen verkauft wurden, und dann begann der große Verkauf, den man fast mit dem Goldseber vergangener Jahrzehnte vergleichen möchte.

Für die Verpflegung und Unterbringung der Arbeiter wurden Häuser, Gaststätten und Schulen beschlagnahmt. Viele DP's beteiligten sich damals an den Arbeiten, die gutes Geld einbrachten. Nicht selten kam es in den Gemeinden zwischen den Holzarbeitern und den Einheimischen zu handgreiflichen Auseinandersetzungen.

Der Wald lichtet sich rasch. Die französischen Firmen, später waren es auch Holländer und Schweizer, schlugen das Holz ein und exportierten es als Rundholz. Tag und Nacht erzitterten die Straßen unter den schweren motorisierten Langholzfahrzeugen, die im Akkord das Holz zu den Rheinhäfen oder zu den Bahnhöfen brachten. Teilweise errichteten französische Firmen auch fliegende Sägewerke, wo sie das Holz ohne die sonst übliche Vorbereitung durch die Gatter laufen ließen. Das Einschneiden war dadurch sehr unwirtschaftlich, ebenso wie das Abholzen, weil die

Blüme nicht nahe dem Erdboden, sondern aus Bequemlichkeitsgründen weit höher abgeknippt wurden.

Zu der bereits erwähnten Auflage von sechs Millionen Festmetern kam später entgegen der ursprünglichen Zusicherung eine zweite Tranche. In Württemberg-Hohenzollern wurden auf Grund der 1. und 2. Auflage insgesamt 4.215.000 Festmeter Holz eingeschlagen. Zu dieser Summe muß man noch die Umlagen von jährlich zweiinhalb Millionen Festmetern hinzurechnen, die von den deutschen Waldbesitzern aufgebracht werden mußten. Dieses Holz konnte von den Waldbesitzern mit Genehmigung der Besatzungsmacht an deutsche Sägewerksbesitzer abgegeben werden. Abweichend von den zuerst angeordneten Einzelungen erhielten die Waldbesitzer für diese Lieferung den Inlandspreis bezahlt, obwohl sich von diesem Holz der größte Teil exportiert worden mußte und nur ein ganz geringer Prozentsatz im Inland verbraucht werden durfte. Durch diese Maßnahme wurde der Wald über die normale Nutzung hinaus beansprucht und der Ertrag für viele Jahre vorweggenommen.

Die Kahlchläge sind die äußerlichen Zeichen, die auch vom Laien erkannt werden. Vieles aber offenbart sich nur dem Fachmann, wie beispielsweise die Schäden an den zum Schutz des Altholzes gepflanzten Mischholzsorten. Straßen und Wege haben beim Abtransport des Holzes sehr gelitten. Aber immer wieder sind es die Kahlflächen, die die größten Sorgen bereiten. Allein Württemberg-Hohenzollern weist etwa 7.660 ha auf, die radikal abgeholzt wurden.

Die Wiederaufforstung war mit außerordentlich hohen Unkosten verbunden. Besonders die Trockenheit während der letzten Jahre hat die Forstwirtschaft oftmals wieder in ihrer Arbeit zurückgeworfen. Die Erfolge eines zähen Fleißes sind heute nicht mehr zu verkennen. Unter unsäglichen Mühen gelang es, den größten Teil wieder aufzuforsten. Einzelne Länder haben bereits heute kein Hektar Waldboden mehr, auf dem nicht die jungen Pflanzen die von menschlicher Willkür geschlagenen Narben verdecken.

Es erscheint fast ungläublich, daß in so kurzer Zeit so viel Holz eingeschlagen wurde. Noch erstaunlicher aber ist die schnelle Wiederaufforstung. Der Schaden aber wird sich noch über ein Menschenalter in der deutschen Forstwirtschaft auswirken.

—af—

Umschau in Karlsruhe

Das Gegenteil erreicht?

„Erfolge der Butterstreiks“
 Karlsruhe (swk). Im Gegensatz zu den Äußerungen einzelner Buttergroß- und Kleinbändler steht eine Auskunft der Milchzentrale in Karlsruhe, die dem Erfolg des von der Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Hausfrauen ausgerufenen Butterstreiks recht skeptisch beurteilt. Viele Verbraucher haben nämlich in der irrigen Auffassung, es gäbe während der Dauer des Streiks keine Butter, gehandelt. Hierdurch ist vor dem Tage des Inkrafttretens des Streiks ein ungewöhnlich großer Butterabsatz zu verzeichnen gewesen, der den geringeren Verkauf in den Streiktage selbst ausglich. Übrigens wird sich der Preis der Butter vermutlich in Kürze weiter erhöhen. Der größte Teil der in Karlsruhe verkauften Butter muß nämlich auswärts eingekauft werden. Und der Einzelhandel ist von den dort geforderten Preisen abhängig.

Butterstreik wird fortgesetzt

Wie uns die Frauenverbände Karlsruhe mitteilen, hat der Aufruf zum Butterstreik ein starkes Echo ausgelöst. Man ist entschlossen, die Aktion über die angekündigten zehn Tage weiterzuführen, wenn der Butterpreis nicht auf den von der Bundesregierung inzwischen freigegebenen Höchstpreis wieder zurückgeführt wird. Dazu glaubt man, wäre die Einfuhr von Butter und eine Mehrproduktion notwendig. Wörtlich sagt der Aufruf: „Wir wissen, daß gerade die Frauen aus kaufkräftigen Kreisen aus sozialer Verantwortung ihre Solidarität mit den Millionen Frauen, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, durch ihr Teilhaben am Butterstreik beweisen.“

Aus der badischen Heimat

Das Geld ist weg, das Rheuma blieb

Mannheim (swk). Eine Zigeunerin, die eine Frau angeblich von einem Rheumaleiden befreien wollte, wickelte einen Fünzig-Mark Schein in ein Papier ein, machte ein Kreuz darüber und spackte darauf. Mit dieser „Heilpackung“ wollte die Zigeunerin zu einer Wegkreuzung gehen. Die Zigeunerin verschwand und die Hausfrau war lediglich von dem Fünzig-Mark Schein, nicht aber vom Rheuma befreit. Jetzt aber muß die Polizei nach der „Heilpackung“ suchen.

Größter in Weinheim

Weinheim (swk). Im Werksgelände der Weinheimer Lederfabrik C. Freudenberg richtete ein Großfeuer einen Schaden von rund 100.000 DM an. Wie die Werksleitung mitteilte, brannte eine große Werkshalle bis auf die Grundmauern nieder. Vor allem wurden Rohmaterialien und Präzisionsmaschinen vernichtet. Als Brandursache wird Kurzschluß vermutet.

Extrapremie für „Rennfahrer“: Gefängnis

Pforzheim (swk). Zu einer tollen Hetzjagd kam es auf der Strecke zwischen Mühlacker und Pforzheim. Ein Kraftfahrer, an dessen Fahrzeug die Lampen vorschriftswidrig brannten, wurde in Mühlacker von der Polizei zum Halten aufgefordert. Statt auf die Bremse trat der Fahrer jedoch auf den Gashebel und raste im 120-km-Tempo los. Eine Polizeistreife nahm die Verfolgung des Flüchtenden auf, der durch sein unverantwortliches Rassen zahlreiche Menschenleben gefährdete. Aber so oft sie den „Rennfahrer“ auch einholte, immer wieder entwich er im letzten Moment. Unbestreitbar als Sieger fuhr er in seinen Heimatdorf ein. Die Preisverteilung fand nunmehr vor Gericht statt. Der Metzgermeister erhielt eine Extrapremie in Höhe von drei Monaten Gefängnis und quitierte die „Ehrung“ recht kleinlaut.

Nixendes Soda statt Zucker erwischt

Pforzheim (swk). In Wiernheim fand ein Knabe auf dem Küchentisch der elterlichen Wohnung ein weißliches Pulver. Er hielt es für Zucker und aß davon. Tatsächlich handelte es sich aber um ständes kausisches Soda, das die Eltern leichtsinnigerweise auf dem Tisch hatten liegen lassen. Der Knabe erlitt schwere Verbrennungen am Mund und in den inneren Verdauungsorganen.

„Tun Sie meine Tochter ins Arbeitshaus“

Offenburg (swk). Der Inassehn nicht alltägliche Fall, daß ein Vater den Staatsanwalt um Unterbringung seiner Tochter ins Arbeitshaus anlehnt, ereignete sich in einer Familie in der Stadttrandsländung von Offenburg, wo die jüngste Tochter — unter sieben Geschwistern — den Eltern durch ihre Diebereien grenzenlosen Kummer bereite. Die 20jährige hat bereits wegen einer Unzahl von Diebstählen Gefängnisstrafe gekostet. Kaum wieder in Freiheit gesetzt, verlegte sie sich auf ihr Spezialgebiet, einkaufenden Frauen die Geldbeutel aus den Handtaschen zu klauen. In dem berühmten Wallfahrtsort Walldürn (Odenwald) suchte sie sich ausgerechnet die Teilnehmer der Lichterprozession aus, um ihrem schmutzigen Gewerbe nachzugehen. Das Gericht verurteilte die raffinierte jugendliche Taschendiebin zu 14 Monaten Ge-

tangnis. Beim nächsten Mal winkt ihr unweigerlich das Zuchthaus.

Einem Automarder auf der Spur

Trickdieb zwischen Freiburg und Karlsruhe
 Offenburg (swk). Der 30jährige Kraftfahrzeugmechaniker Walter Schneider, der allein in Stuttgart über ein halbes Dutzend Autos gestohlen und weiterverkauft hatte, hat nunmehr auch in anderen Landesteilen der Südwestecke seine Visitenkarte abgegeben. Er hatte dieser Tage in Freudenstadt einen amerikanischen Studenten, der gegenwärtig Deutschland bereist, zur Mitfahrt in seinem PKW bis Freiburg eingeladen. Dabei fuhr er aber mit ihm bis Offenburg unter der Vorgabe, er wolle hier noch schnell ein Geschäft erledigen. Nachdem der Student in einem Gasthaus, wo ihn der Autodieb abgesetzt hatte, stundenlang vergeblich gewartet hatte, wurde ihm klar, daß er einem Gauner in die Finger gefallen war. Der „freundliche Kraftfahrer“ war inzwischen mit dem im Personenwagen befindlichen Koffer, der wertvolle Kleidungsstücke enthielt, nach Karlsruhe weitergefahren. Durch die Fahndung der Kriminalpolizei konnte der Täter an Hand der Personalbeschreibung bald erkannt und personennäßig festgestellt werden. Während Schneider noch flüchtig ist, konnte der Koffer inzwischen sichergestellt werden. Man nimmt an, daß der Trickdieb wieder in Richtung Freiburg verduftet.

Landesversammlung gedenkt der Gefangenen

Feierliche Sitzung in Stuttgart — Appell an die Weltöffentlichkeit

Stuttgart (swk). Die Verfassungsgebende Landesversammlung von Baden-Württemberg trat aus Anlaß der Kriegsgefangenen-Gedenkwoche im geschmückten Plenarsaal des Landtagsgebäudes zu einer feierlichen Gedenk-sitzung zusammen. Sie richtete in einer einstimmig angenommenen Entscheidung einen dringenden Appell an die Weltöffentlichkeit, dafür einzutreten, daß alle deutschen Kriegsgefangenen, Verschleppten, schuldlos Inhaftierten und Zwangsarbeiter unverzüglich von den Gewahrsamsländern in ihre Heimat entlassen und daß alle Mittel angewendet werden, um das Schicksal der zahlreichen Vermissten festzustellen. Die Landesversammlung beauftragte die vorläufige Regierung, auf die Bundesregierung einzuwirken, daß alle nur möglichen Schritte unternommen werden, um dieses Ziel zu erreichen. Der Präsident der Verfassungsgebenden Landesversammlung, Carl Reinhold, erklärte in seiner Gedenkrede, die Rückführung der Gefangenen müsse nicht nur im Interesse der

Gefangenen selbst und ihrer Angehörigen, nicht nur unter den Gesichtspunkten der Menschlichkeit und Freiheit, sondern auch aus echter Sorge um die Erhaltung der demokratischen Lebensform in einem einigen Deutschland und aus dem echten Bemühen um eine dauerhafte freihetliche Grundlage eines zukünftigen einheitlichen Europas gefordert werden. Aus dem gleichen Grund sei es auch notwendig, die Verfahren und Urteile gegen die sogenannten Kriegsverbrecher von gemischten richterlichen Ausschüssen zu überprüfen.

Die Gedenksitzung wurde vom Steinhäuser-Quartier der Württembergischen Staatsbahn eingeleitet. Unter den zahlreichen Gästen befanden sich auch der frühere Präsident der württemberg-badischen Landtags, Wilhelm Keil, und die FDP-Bundesratsabgeordnete Margarete Müller. — Die kommunistischen Abgeordneten nahmen nicht an der Sitzung teil.

Verfassungsberatungen weiter nichtöffentlich

Landesversammlung fordert die Jugendpflege

Stuttgart (ZSH). Die Verfassungsgebende Landesversammlung des neuen Bundeslandes wird ihre Verfassungsberatungen weiterhin nichtöffentlich durchführen. Ein Antrag des Verfassungsausschusses, die Öffentlichkeit zuzulassen, fand nicht die hierzu erforderliche Zweidrittelmehrheit. Von den 108 Abgeordneten befristeten 71 (72 hätten die erforderliche Mehrheit ergeben) die Öffentlichkeit der Verfassungsberatungen, 36 waren dagegen, und ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme, was schließlich den Ausschlag gab. Schon im Verfassungsausschuß waren die Meinungen über die Zulassung der Öffentlichkeit, die von der SPD gefordert worden war, geteilt. Die Ausschluß-Abstimmung hatte damals, wie der CDU-Abgeordnete Kühn berichtete, mit acht gegen sieben Stimmen bei drei Enthaltungen ebenfalls nur eine knappe Mehrheit ergeben. Drei Ausschußmitglieder hätten sich geweiht, an der Abstimmung teilzunehmen, und

Resolutionsreform soll vorbereitet werden

vier hätten aus Protest den Saal verlassen. Mehrere Abgeordnete hätten sich nur für bedingte Öffentlichkeit ausgesprochen. In der Debatte meinte Dr. Gebhard Müller (CDU), die Öffentlichkeit der Sitzungen erwähre einen Ausgleich, wodurch sich die Fronten verhärteten. Im übrigen sei die Mitwirkung der Bevölkerung an der Verfassungsarbeit dann gegeben, wenn das Volk nicht nur zuhören könnte, sondern auch in einer Volksabstimmung über die Annahme oder Ablehnung der Verfassung entscheiden dürfe. Dr. Müller verlangte von der Regierung eine aktive Mitarbeit an der Verfassung. Dies forderte Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier zu der Erklärung heraus, daß die vorläufige Regierung sich bewußt von der Arbeit der Konstituante zurückhalte, weil sie eine Einmischung in diese Arbeit als einen groben Verstoß gegen die demokratischen Rechte betrachte. Das Gesicht des neuen Bundeslandes werde nicht allein von der Verfassung se-

formt. Deshalb werde die Regierung ihre Kraft der Konstituierung der Selbstverwaltung und der Ausarbeitung der dringendsten Gesetze zu.

Für die SPD sagte der Abgeordnete Lausen, daß die Landesversammlung bei ihrer ersten und wichtigsten Aufgabe, nämlich eine Verfassung zu schaffen, die Mitwirkung der Öffentlichkeit dringend brauche. Die Besuchen des FDP-Abgeordneten Vortisch (Lfrach), daß durch die Zulassung der Öffentlichkeit und der Presse die Beratungen verlängert werden, könne die SPD nicht teilen. Vortisch war der Meinung, daß der Verfassungsausschuß, wenn er in seinem jetzigen Tempo arbeite, die Verfassung nicht vor März fertiggestellt haben wird. Der Fraktionsvorsitzende der DVP/FDP, Dr. Haußmann, stellte den Mitgliedern seiner Fraktion die Entscheidung frei, während sich Dr. Mecker (BHE) im Namen seiner Fraktion für die Öffentlichkeit der Sitzungen aussprach.

Ein interfraktioneller Antrag, in dem die vorläufige Regierung ersucht wird, zur Sicherung der Jugendpflege und Jugendfürsorge im Lande Baden-Württemberg einen Jugendplan aufzustellen und die hierfür notwendigen Mittel in den Haushaltsplan einzusetzen, wurde vom Plenum einstimmig gutgeheißen. Sprecher aller Fraktionen machten darauf aufmerksam, daß sich Jugendpflege und Jugendfürsorge nicht darauf beschränken dürfen, bereits aufgetretene Schäden zu beheben. Die Jugend müsse vielmehr an den Staat herangeführt werden. Im Namen der Regierung sagte Kultminister Dr. Schenkel dem Antrag die Unterstützung durch die Regierung zu.

Die Regierung wurde ferner von der Landesversammlung einstimmig aufgefordert, sich über den Bundesrat bei der Bundesregierung für eine Angleichung der Beamtenebene und insbesondere der Lehrgesellen an die bestehenden Lebenshaltungskosten einzusetzen und darüber hinaus eine allgemeine Besoldungsreform vorzubereiten. Finanzminister Dr. Frank wies darauf hin, daß die Beamtensbesoldung eine Angelegenheit des Bundes sei. Die Regierung habe beim Bund alles getan, um eine Besoldungsreform durchzusetzen, und sie werde dies auch weiterhin tun. Schließlich wurde die Regierung in einem einstimmig angenommenen interfraktionellen Antrag aufgefordert, in Bonn darauf hinzuwirken, daß die Berufsschullehrer aus dem Dritten Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts herausgenommen werden.

Eine Reihe von Anträgen fand die einstimmige Billigung der Landesversammlung. So wurde die Regierung ersucht, für eine Fortführung der Schulpflicht und ihre Ausdehnung auf die südlichen Landesteile zu sorgen. Ferner soll sie Mittel für das Müttergenesungswerk im Haushaltplan bereitstellen. Weiter soll sich die Landesregierung in Bonn für einen Zuckerrüben-Grundpreis von 5,50 DM je 100 kg einsetzen, und dafür sorgen, daß die von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen für den Absatz von Obst- und Gartenbauerzeugnissen beschleunigt durchgeführt werden. Schließlich wurde verlangt, daß die Einfuhr- und Vorratshilfe für Getreide alsbald in Baden-Württemberg inländischen Weizen zum Mittelpreis in die Bundesreserve aufzunehm und der zur Fütterung der Bienen erforderliche Zucker nicht besteuert wird.

Schlechte Verkehrsverhältnisse

Schließlich fanden mehrere Anträge, die auf eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse hincielen, die einstimmige Billigung des Hauses. So wurde insbesondere eine durchgehende Triebwagen Schnellverbindung Basel—Freiburg—Stuttgart gefordert. Abgeordneter Person (CDU) sagte, die Elektrifizierung im Rheintal, die zur Zeit im Gange ist, werde noch vier Jahre in Anspruch nehmen. Der FDP-Abgeordnete Vortisch bemängelte, daß ein Brief von Lörach nach Stuttgart 38 Stunden unterwegs sei und forderte nachdrücklich eine Verbesserung dieser Verhältnisse. In zweiter und dritter Lesung verabschiedete die Landesversammlung ein Gesetz über die Erhebung eines Zuschlags zur Grunderwerbsteuer.



DAS LIEBESSPIEL AUF DER DÄMONENINSEL
 VON ANITA HUNTER
 Copyright by Hermann-Meyer-Verlag
 GmbH Verlag v. Graberg & Gerg, Wiesbaden
 (8. Fortsetzung)

Dr. Salto machte ein etwas erstauntes Gesicht, was das Mädchen sehr erheiterte. „Ja, Vater ist noch ziemlich schottisch, und ich bin ein Mischmasch! Na, reden wir nicht von mir. Ich möchte gerne wissen, wie es Matua geht, was fehlt ihm?“

„Ein tropisches Fieber, eine Art Meningitis mit Lähmungserscheinungen. Eine seltsame Krankheit, die man aber ziemlich häufig hier auf den Inseln im Pazifik trifft. Wahrscheinlich leidet auch die Fürstin an dieser Krankheit.“

Schritte klangen im Garten. Carlita wandte sich um. Ein alter Mann, gefolgt von zwei eingeborenen Dienern, verschwand im Hause.

„Ihr Konkurrent, Doktor Pagal! Halb Medizinmann — halb Hypnotiseur! Ein Narr und ein Zauberkinestler!“

Unwillkürlich mußte Stefan Salto lächeln: „Sie urteilen schnell und hart, Miss McGuire.“

„Ich habe nur offene Augen! Pagal ist ein Halbblut-Polymerer. Ob er jemals irgendwas Medizinisches gelernt hat, bezweifle ich. Er behandelt die Fürstin mit Kräutern und Bädern, er murmelt, Beschwörungen und hält sie in Furcht und Schrecken.“

Stefan Salto wandte sich heftig um: „Dann ist es allerhöchste Zeit, das ich mich dieses Falles annehme! Auch der Fürst —“

Carlita ruckte die Achseln: „Das ist die schlechteste Empfehlung, die Sie haben können, Doktor Salto! Radana und ihr Gatte sind Todfeinde — — aber das ist eine andere Geschichte, wie Kipling zu sagen pflegte. Es hat keinen Sinn, es heute zu versuchen. Denn —“ sie lächelte wieder, daß

man die Perlenreihe der weißen Zähne sah, „es hat wohl keinen Zweck, den Eingang zum Pavillon zu erzwingen.“ Sie deutete auf die Tür, wo die beiden Eingeborenen sich aufgestellt hatten. Sie starrten feindsich zu dem Europäer herüber, in der Hand trugen sie Lanzen, die mit Federn und Muscheln geschmückt waren.

„Das ist doch Wahnsinn!“

„Hier ist vieles Wahnsinn“, sagte das junge Mädchen gleichmütig, „das werden Sie noch entdecken, Doktor Salto. Kommen Sie, es hat keinen Zweck! Seit zwei Jahren kämpfte ich einen vergeblichen Kampf gegen diesen Scharlatan von Arzt. Mein Vater unterstützte mich darin — aber es hat nicht viel geholfen. Sie wissen, Vater ist Missionar hier — und Missionare sind nicht sehr beliebt. Man stößt überall gegen unsichtbare Mauern. Auf Pita-Paga, der „Insel der Dämonen“, leben wirklich noch Dämonen. Ich habe meinen Wagen hier, kann ich Sie irgendwo hinbringen?“

Sie schritt schnell der kleinen Pforte zu, Doktor Salto mußte folgen, wenn er nicht zu unhöflich erscheinen wollte. Aber es paßte ihm nicht, dieses junge Mädchen war ihm zu selbstständig, zu bewußt. Er war es nicht gewohnt, mit diesen jungen Amerikanerinnen umzugehen, und selbst wenn Carlita hier auf der Insel aufgewachsen war, so gleich sie doch sehr den amerikanischen College-girls, deren Bilder man in allen Zeitschriften sah, und die er, als der steife, etwas konventionelle Engländer, nicht begreifen konnte.

Der kleine, gelbe Sportwagen hatte Platz für zwei. Carlita öffnete den Schlag: „Wohin Doc?“

Er zögerte einen kleinen Moment, aber es hätte lächerlich ausgesehen, wenn er abgelehnt hätte, und deshalb stieg er ein: „Wenn Sie mich zu meinem Laboratorium bringen wollen —“

Sie hatte sein Zögern bemerkt, und ein kleines ironisches Lächeln kräuselte ihre Lippen: „Es wäre Wahnsinn, bei dieser Hitze den Weg zu Fuß zu machen. Ich finde es seltsam, daß Ihnen der Fürst diesen abgelegenen Pavillon als Laboratorium zur Verfügung stellte.“

es sind genug Räume in der Residenz selbst vorhanden.“

„Ich bat ihn darum — ich liebe die Einsamkeit!“

Carlita antwortete nicht. Mit dem Instinkt der Frau hatte sie herausgefühlt, daß diesen Mann etwas bedrückte. Die scharfen Linien um den noch jungen Mund, die ernsten Augen — das kam nicht allein vom Aufenthalt in den Tropen. Aber was ging es sie an?

Salto sprach nichts, er blickte stumm geradeaus. Carlita fuhr schnell, aber geschickt. Wenn sie ein Eingeborenen vorbeikam, hoben diese grüßend die Hand und riefen ein paar Worte in der Sprache der Insel. Die Frauen lächelten Carlita zu, kleine Kinder streckten die Arme nach ihr aus.

„Man kennt Sie hier gut, Miss McGuire?“ sagte er, nur um irgendwas zu sagen.

Sie nickte. „Ja, ich bin ja ein Kind dieses Landes. Ich liebe sie mit all ihren Schattenseiten. Die Menschen sind hier wie große Kinder, zutraulich, wenn sie einen leiden mögen, gefährlich, wenn man sie zum Feind hat.“

„Die meisten sind Christen, sagte der Fürst.“

„Vater bildet sich ein, gute Arbeit geleistet zu haben“, lachte Carlita. „man muß ihm den Glauben lassen. Ich weiß, daß das Christentum hier nur dünne Firnis ist — wenn man ein wenig kratzt, kommt der Dschungel zum Vorschein. Ich kann Ihnen gleich das beste Beispiel zeigen —“

Sie trat plötzlich so hart auf die Bremse, daß Stefan Salto um ein Haar in die Scheibe geblasen wäre.

„Sehen Sie da drüben — eine Schande so etwas!“

Eine junge Frau, beinahe noch ein Kind, war mit zwei Lederriemen wie ein Maultier an einen schweren Mühlstein gebunden und trottete mit verbundenen Augen im Kreise herum. Ein riesiger Kanake lag faul auf der Schwelle des Hauses und sah zu.

Der Schweiß strömte in kleinen Rinnsalen von der Stirn der zu Tode erschöpften Frau. Das zarte Gesicht zitterte an allen Gliedern.

Mit heftigen Worten wandte sich Carlita an den Mann: „Wie oft habe ich gesagt, daß Pita-Po diese Arbeit nicht machen darf! Mein Vater läßt dich einsperren, wenn ich es noch einmal sehe!“

Der Kanake fuhr auf. Sein riesiger Körper reckte sich drohend, seine Hand tarte nach dem breiten Messer, das im Gürtel saß.

Unwillkürlich war Doktor Salto einen Schritt näher getreten, aber Carlita sagte leise und eindringlich:

„Bitte, keine Unvorsichtigkeit, das ordne ich schon!“ Und zu dem Mann gewandt fuhr sie in der Sprache der Eingeborenen fort:

„Ich warne dich zum letzten Mal, For-Go — zum letzten Mal!“

Ihre blauen Augen flammten, sie reckte dem Mann nicht bis an die Brust, aber sie stand furchtlos vor ihm.

Der Kanake zog sich zurück, lauernd, tückisch. Er verschwand in der Hitze. Die Frau war wimmernd zusammengesunken. Carlita hatte ihr die Blinde von den Augen genommen, aber die Kanakin bedeckte die dunklen Augen mit den Händen, sie konnte das starke Sonnenlicht nicht ertragen. Carlita hockte nieder, strich über die feuchte Stirn der Frau und sagte mit leiser, weicher Stimme beruhigende Worte.

Stefan Salto nahm den Puls der Frau in die Hand. „Sie kann tot umfallen, wenn sie in dieser Hitze weiterarbeitet.“ Er griff in die Tasche und holte aus einer Ampulle eine weiße Tablette. Am Brunnen, wo ein Tonkrug stand, schöpfte er einen Becher Wasser.

Dann gab er der Frau die Tablette.

„Sagen Sie ihr, daß sie sie schlucken soll“, bot er Carlita.

Einen Moment lang zögerte das junge Mädchen, aber dann steckte sie der Polynesiserin selbst die Tablette in den Mund. Am Fenster der Hütte erschien einen Moment lang der Kopf des Mannes. Er sah, wie die Frau die Tablette schluckte. Ein häßliches grimassenhaftes Lachen zog über sein Gesicht.

(Fortsetzung folgt)